

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 132.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 13. November 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

Eine Probe aufs Exempel

haben am 5. November die Mitglieder des Bezirks Duisburg abgelegt: sie nahmen in einer Urabstimmung den neuen Tarif an!

Auf den 7. Oktober hatte bekanntlich der Vorstand des Gaues Rheinland-Westfalen eine Versammlung der Bezirke Bochum, Duisburg und Essen berufen, die Versammelten lehnten den Tarif ab. Auf Antrag der Duisburger Mitglieder fand dann in Duisburg am 15. Oktober eine außerordentliche Ortsversammlung statt, die ebenfalls den Tarif ablehnte.

Nun beschloß aber die Ordentliche Mitgliederversammlung vom 20. Oktober eine Votalszuschlagshöhung zu fordern — obwohl sechs Tage vorher der Tarif noch-mals ausdrücklich abgelehnt worden war!

Inzwischen hatten sich aber doch die Mitglieder stark auf sich selbst besonnen: Man sah den Verband in Gefahr und war sich gleichzeitig klar geworden, daß jedenfalls unsere Organisation keinen Schaden durch die Tariffrage erleiden dürfte. Von dieser Erkenntnis besetzt, kam dann an den Bezirksvorstand der Antrag, eine Zusammenkunft der Bezirksvertrauensleute einzuberufen. Es sollten und mußten Wege gefunden werden, wieder eine Basis für gemeinsames Arbeiten zu schaffen. Ich glaube, daß dies den Bezirksvertrauensleuten gelungen ist.

Mit allen Teilen des neuen Tarifes einverstanden ist keiner, aber keiner verschloß sich auch der Tatsache, daß wir bei friedlichem Handeln um ein gut Stück voran gekommen sind. Einstimmig waren die Vertrauensleute der Ansicht: Es ist besser, dafür zu sorgen, daß der neue Tarif im ganzen Bezirk bis auf die Punkte durchgeführt wird, als die Zeit mit doktrinären Fragen totzuschlagen und dadurch nur die Geschäfte der Gegner zu besorgen! Die Konferenz beschloß, den Mitgliedern des Bezirks die Annahme des Tarifes zu empfehlen und übergab den Mitgliedern folgende Resolution zur Urabstimmung:

Nach reichlicher Überlegung aller in Betracht kommenden Verhältnisse erklären die Mitglieder des Bezirks Duisburg: Wir sind von dem Ergebnisse der Tarifverhandlungen nicht befriedigt.

Da aber die von den tarifreuen Gehilfen des Bezirks Duisburg gestellten Abänderungsanträge immerhin zu einem sehr großen Teile zur Annahme gelangten, so stimmen die Mitglieder des Bezirks Duisburg dem neuen Tarife zu, in der Erwartung, daß in der Kreisamtsitzung noch eine Erhöhung des Votalszuschlags erfolgt und auch denjenigen Gehilfen eine Lohnerhöhung zuteil wird, welche mehr als 3 Mk. über das Minimum erhalten.

Die Vertrauensleute der einzelnen Druckorte werden beauftragt, folgende Verhandlungen mit den Prinzipalen im Sinne des Absatz 2 dieser Resolution anzubahnen.

Diese Resolution wurde mit 198 gegen 95 Stimmen angenommen! Wenn ich denjenigen Kollegen, der allerdings nur mit schwerem Herzen der Resolution zustimmen konnte, hinzuzähle, sind sogar 199 Kollegen dafür.

In den einzelnen Druckorten stellte sich das Abstimmungsverhältnis wie folgt: Duisburg 63 für, 32 gegen; Duisburg-Weiderich 13 für, 8 gegen; Duisburg-Mühlort 10 für, 22 gegen; Emmerich einstimmig für; Marxloh einstimmig für; Mülheim 26 für, 22 gegen; Oberhausen 31 für, 4 gegen; Sterkrade einstimmig für; Wesel 12 für, 7 gegen. (Da Duisburg-Mühlort-Weiderich eine Stadt ist, hat die Abstimmung in Duisburg-Mühlort keinerlei schädliche Folgen für die dortigen Kollegen. Sie erhalten trotzdem die Hilfe des Bezirksvorstandes.)

So ist denn zunächst dem Bezirksvorstande sowohl als auch den Ortsvorständen der Bezirksdruckorte derjenige Vorschlag unter die Füße gegeben, auf dem sie zunächst beim Kreisamte die Erhöhung der Votalszuschläge durchzusetzen hoffen. Sofort nach der Feststellung des Abstimmungsverhältnisses sind an die Duisburger Buchdruckereibesitzer entsprechende Schreiben abgegangen, wenn diese Zeilen im „Korr.“ gedruckt stehen, werden die Verhandlungen wohl schon stattgefunden haben.

Ist aus diesem Vorgange etwas zu lernen? Ich glaube ja! Ich will hier keineswegs die Wirkung dieser Urabstimmung überschätzen, glaube aber, daß für manchen Ort und Bezirk, wo die Mitglieder bis jetzt sich dem

Tarife ablehnend gegenüber verhalten haben, dieselbe Probe wohl angebracht ist.

Die letzten Wochen haben es uns gar zu deutlich gezeigt, wo für uns Freund und Feind sitzt! Man vergleiche nur einmal still für sich die ruhig-sachliche Besprechung des neuen Tarifabkommens im „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission mit den skandalösen Machenschaften des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“. Im „Korrespondenzblatt“ das offensichtliche Bestreben, objektiv das Erregende zu würdigen und offen und ehrlich auf erkannte Mängel hinzuweisen; auf der andern Seite eine Flut von Schmähungen und Verdächtigungen, aus denen allerdings beim scharfen Zusehen zwischen allen Zeilen das Gesicht des betäubten Lohgerbers hervortritt. Daß es einem Teile der Parteipresse keineswegs um eine objektive Würdigung unserer tariflichen Abmachungen zu tun ist, konnten wir hier nach der Versammlung vom 15. Oktober feststellen: Die „Nieder-rheinische Arbeiterzeitung“ brachte einen Bericht über diese Versammlung (der auch vom „Vorwärts“ übernommen ist), in dem lediglich die Schlagworte ihrer eignen Redner wiedergegeben, die Äußerungen des Kollegen Schoredt-Essen dagegen total entstellt sind! Schoredt hat hier nicht die Auflösung des Verbandes empfohlen, um von den Verträgen loszukommen, sondern er hat — logisch richtig — erklärt, das von den Gehilfenvertretern und dem Zentralvorstande akzeptierte Tarifabkommen ist rechtskräftig, und wenn es abgeschafft werden soll, müsse der Verband aufgelöst werden. Es dürfte wohl... dem Artikelschreiber der „Nieder-rheinischen Arbeiterzeitung“ keinen Menschen geben, der Schoredt die Aufspaltung derjenigen Organisation zuträut, an deren Entwicklung er selbst ein Menschenalter lang als einer der Eifrigsten und Tätigsten mitgearbeitet hat.

Ich behaupte nicht, daß das neue Tarifabkommen das Ideal unserer Mitglieder sein kann, behaupte und verstehe aber, daß die Gehilfenvertreter das wirklich Erreichbare mitgebracht haben. Hat es denn wirklich einen Kollegen gegeben, der geglaubt hat, alle unsere Anträge würden akzeptiert? Oder ist nicht festzustellen, daß an vielen, vielen Orten die Kollegen erstunken waren, als sie im „Korr.“ unsere Anträge gelesen haben? Ist es nicht Tatsache, daß nur 2 1/2, 5 u. w. Proz. Lohnerhöhung von verschiedenen Orten gefordert worden sind — in der Erkenntnis, daß dies für die betreffenden Orte der Gipfel des Erreichbaren gewesen? Haben nicht selbst die Berliner Kollegen ursprünglich nur eine 12/10-prozentige Lohnerhöhung beantragt? (Die sie übrigens ja auch erhalten. Der Verf.) Ich bin überzeugt, gebe man allwärts den Kollegen Gelegenheit, ungenutzt und ungehört durch den Stimmzettel ihrer eignen Meinung Ausdruck zu geben: der Tarif wird überall angenommen!

Warum soll eine außerordentliche Generalversammlung erst den Berliner Kollegen die Überzeugung bringen, daß die Tarifabmachungen auch für sie bindend sind? Glauben die Berliner Kollegen, die Außerordentliche Generalversammlung würde die letzte Ordentliche Generalversammlung desavouieren? Wenn die Berliner Kollegen in ihrer dritten Tarifversammlung wirklich erklärt haben, sie würden sich dem Beschlusse der Generalversammlung fügen, dann gestatte ich mir doch die Frage: Warum fügen sie sich dann dem Beschlusse der letzten Generalversammlung nicht?

Etwa weil die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu erreichen war? Oder betrachten sie die wöchentliche halbe Stunde ebenfalls als „Vereibigung“? Ich sehe in diesem Zugeständnisse den Akt, aus dem wir in fünf Jahren die tägliche Verkürzung der Arbeitszeit herauszuholen!

Und der Organisationsvertrag? Ist nicht diese jetzt vorliegende Tatsache Jahrzehnte unser Wunsch und Streben gewesen? Und wenn der eine oder andre Paragraph des Vertrags heute gefährlich erscheinen mag, wer kennt denn schon heute die Wirkung?

Ich denke, wir haben keine Veranlassung, unseren Antipoden noch länger das Schauspiel der Selbstzerfleischung zu geben! Mögen diejenigen Orte, die bislang dem neuen Tarife ablehnend gegenüberstanden, jetzt ihre Zustimmung geben.

Und dann mit vereinter Kraft aus dem neuen Tarife herausgeholt, was herauszuholen ist, zum Nutzen aller tarifreuen Gehilfen im ganzen Reich!

Duisburg.

M. S. Kuweiler.

Unsre Selbständigkeit.

Motto: „Wir hatten gebaut
Ein fatidisches Haus.“

Manchmal finde ich im „Korr.“ die Bemerkung, daß der Verband Angriffe durch die sozialdemokratische Partei schon immer zu erdulden hatte, und die Nr. 128 bringt diese Worte abermals aus der Feder des Kollegen Meißner. Da möchte ich doch mal berichtigend dazwischen treten, so weit mich meine Erinnerung dazu befähigt. Man soll aber ja nicht glauben, daß ich nun gleichfalls mich der Meute anschließen will, die unsern Weg zu Ende hagen möchte, nein, hinsichtlich seines Kampfes gegen das Presseglück der Expre und Meißner, das sich die Bevormundung des Verbandes anmaßt und gleichwohl unter der Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ sein Gift gegen alles verpflanzt, das seiner Fuchtel nicht sich unterwerfen kann und mag, gehört es sich einfach, daß jedes überzeugungstreue Verbandsmitglied sich ihm zur Verfügung stellt, weil ihm, der an der exponiertesten Stelle unserer Verbandsverfassung steht, die Aufgabe der Verteidigung derselben zunächst obliegt. Oder ist dies etwa anders? Stehen wir etwa unter dem Kommando der sozialdemokratischen Partei? Und haben wir etwa zu tanzen, wann und wie man von dort her pfeift?

Es ist sehr nötig, zurückzublicken auf die Zeit, die in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts begann, und auf die Verhältnisse der Vereinigung, wie sie sich in der Arbeiterbewegung zu jener Zeit dargestellt haben. Wiewohl mir damit erzieht, daß in dem und jenem Hinsichten, dessen Träger zu den Verbandsmitgliedern zählt, aber noch nicht ganz auf der Höhe steht, eine klarere Vorstellung davon sich entwickelt, was der Verband seinen Mitgliedern sein muß, wenn sie in den verschiedenen Daseins-sphären ihres Standes seine Kraft beanspruchen.

Die sozialdemokratische Partei kann schon deshalb nicht Vormund des Verbandes sein, weil letzterer gar nicht in der Lage ist, sich mit sozialdemokratischen Ideen abzugeben. Andernteils steht aber der Verband zunächst mit der Partei auf ziemlich gleicher Altersstufe, und die letztere hat, wenn auch ihre Geburtszeit etwas früher fallen mag, das Herauswachsen aus den Windeln viel später aufzuweisen gebracht als unser Verband, der, im Jahre 1866 gegründet, nur einer kurzen Spanne Zeit bedurfte, um seine erste Kraftprobe erfolgreich zu bestehen. Im Frühjahr 1873 hob er seine Mitglieder heraus aus einem Chaos der Entlohnung und Arbeitszeit, wie es nicht trübe genug gemalt werden könnte, und um dieselbe Zeit oder gar nicht viel früher zählte die Partei, wenn sie auch im Reichstage ein paar Sige hatte, nur eine Hand voll international gesinnter Politiker, deren Ideale auf eine unbedenkliche Zukunft gerichtet war, wie eben der Zukunftsstaat heute noch die Kardinalfrage ist, die der Sozialdemokratie ihr Gepräge verleiht.

Mit solcher Frage sich abzugeben war und wird nie Sache des Verbandes sein können, der auf die geistige und materielle Hebung seiner Mitglieder eingerichtet ist, also für die Gegenwart wirkt, der aber auch hinsichtlich der Mitgliedschaft keinen Unterschied zwischen rechts- und linksstehenden Buchdruckern machen konnte, wenn er alle in seinen Reihen vereinigen und Vorteile für den Stand erlangen wollte. Darin liegt der Unterschied zwischen Verband und Partei, der aber von manchem unserer Mitglieder so wenig erkannt wird, daß sie womöglich glauben, ein gutes Werk zu tun, wenn sie jener Partei mehr Zuneigung entgegenbringen als dem Gemeinwesen, dem sie ihre wenn auch nicht vollbefriedigende, so doch ungeheuer geflügelte Lebenslage verdanken.

Ich habe vorhin erzählt, wie klein die Partei noch war, als der Verband schon leistungsfähig da stand, und werde jetzt schildern, auf welche Weise ihr Erstarken bewirkt wurde. 1863 gründete Lassalle, der leider schon so bald ein tragisches Ende fand, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und präsierte ihm auch bis zu seiner Flucht nach der Schweiz. Später übernahm Hafenceller die Präsidenschaft. Mit Hilfe dieses Mannes, dessen Führerfähigkeit nicht allerdings, nachdem ich ihn einmal gebürt hatte, nicht allzuviel Respekt einflößte, ward der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, der sehr weit in Deutschland verbreitet war, auf einer Konferenz mit der Partei 1872 oder 1873 (ich weiß nicht mehr, ob die Partei schon vorher den Namen Sozialdemokratische Arbeiterpartei trug, und erhalte aus der Erinnerung) in dieselbe übergeführt, sie so bedeutend verstärkend, daß sie erst

eigentlich von da ab kraftvoller auftreten konnte. Aber das Verhältnis der Buchdrucker zu den anderen Arbeiterschieden war und blieb doch noch lange ein ziemlich ungetrübtes, und wie oft man von den Buchdruckern sich hat hören und ihn befolgte, das habe ich persönlich Gelegenheit gehabt zu erfahren. Mit dem Ausbruche „von jeher“ oder „immer“ ist es also nicht so weit her, und wenn der von eminent nationaler Bestimmung durchdrungene Schöpfer der deutschen Arbeiterbewegung (Kassalle) noch lebte, wer weiß wie es um diese Partei stände und ob zwischen der Arbeiterschaft und uns auch nur der Schatten eines gespannten Verhältnisses aufkommen konnte! (Unser verehrter Kollege G. S. irt sich. Schon bei der Gründung des Verbandes wurden gegen denselben Angriffe gerichtet, weil er bei seinen Beschlüssen angeblich zu wenig Rücksicht auf die allgemeine Arbeiterschaft genommen habe. Diese Angriffe verstärkten sich, als 1871 auf dem Buchdruckerstage in Frankfurt a. M. die Buchdrucker sich in Form eines Beschlusses gegen die Kassallianischen Ideen aussprachen. Nach Erlaß des Sozialistengesetzes (1878) wurden diese Angriffe allgemein und erreichten ihren Höhepunkt 1888 nach der Hamburger Generalversammlung [„Prinzipal und preussischer Gewerkeverein“]. Die ersten Jahre unter der Redaktion Gajß waren die Verhältnisse wieder leidliche, bis die „Leipziger Volkszeitung“ 1894 den Kampf in zielbewußter Weise aufnahm, und was wir seit 1896 erfahren haben, bedarf keiner Beweiserhebung. (Red.)

Es zeugt wachlich von hochgradigem Größenwahne, wenn nicht von Schlimmerem, daß die Kompetenz des Verbandes auf seinem ureigensten Gebiete derart maßlosen Angriffen seitens führender Organe der Partei ausgesetzt ist, wie dies in der letzten Zeit häufiger und anmaßender denn je geschieht. Den Verband und selbst die intimsten Verhältnisse seiner Mitglieder möchte man auf jener Seite ganz und gar verschlucken. Taurig ist es aber auch, daß sich im Verbands nach und nach eine Anzahl von Stridenten eingenistet hat, die zwar meist noch zu jung sind, um bei ihnen Verständnis für das Wesen des Verbandes voraussetzen zu können, die aber, falls sie sich nur befehligen, den Verband möglichst zu begreifen, von jener Seite für voll genommen werden. Dieses Verhältnis, das erst eingetreten ist, als der Nachwuchs im Gewerbe mehr und mehr überhand nahm, ist leider eine äußerst bittere Frucht des Umstandes, daß der Verband alle Gehilfen im Gewerbe für den Erfolg seines Wirkens bedarf. Es ist leider Tatsache, daß — wohlgerne — bei einem Teile dieses Nachwuchses das Verständnis für die Koalition im Verbands nur so weit vorhanden ist, als es sich um die Benutzung seiner Kassen handelt, daß aber der Hang zum Paraderieren mit dem roten Schlippe und die Sicht, als „zielbewußt“ zu glänzen, überwiegt. Was es aber bedeuten würde, wenn der Verband nicht wäre, darüber machen sich die Herrn, die zu seinem Entstehen nichts geleistet haben und die auch im Ernstfälle erst die Probe aufs Exempel machen müßten, gar keine Kopfschmerzen. Gemährt aber solche Rabulistikerei diesen „zielbewußten“ Herrchen, die sonst nur gar zu gern den Schutz des von ihnen in den Kot getretenen Verbandes beanspruchen, immer mehr Vergnügen, dann — sollte ich glauben — verdienten sie es, an den Ohren gezerrt zu werden, wie es nur ungezogenen Kindern recht geschieht. Kein Buchdrucker, der dem Verbands in seinen Anfangsstadien angehörte, und stände er in politischer Hinsicht noch so weit links, wird instand sein, den Werken des Verbandes ein absolut verneinendes Veto entgegenzusetzen, weil er weiß, daß er nur durch den Verband vorwärts gekommen ist, und weil er so viel Größe im Kopfe hat, daß er das Ziel des Verbandes mit den Idealen der Sozialdemokratie nicht verwechseln kann.

Der Verband muß, wenn er das Werk zum Ziele führen will, das er vor vierzig Jahren begonnen hat, unbedingt Herr seiner selbst bleiben; und sollte es sich herausstellen, daß der jüngst eingegangene Vertrag ihm im Wege steht, worüber doch auch erst Erfahrungen gesammelt werden müssen, dann werden wir Buchdrucker im Verbands wohl kaum einer Bezeichnung von außen bedürfen und jedenfalls wissen, wie man eine Unbequemlichkeit aus dem Wege räumt. Der Verband wird überhaupt kaum je in Verlegenheit kommen, die Herrschaft über allgemach ihm erwachsene Situationen zu verlieren, dazu sind wir selbst Manns genug, und wir sind auch nicht so dumm, daß wir bei Gelegenheit der diesmaligen Erledigung unserer eignen Magenfrage auf die Beinträchtigung zu gehen uns beirren, die uns von unbefugter Seite gestellt sind; das sollten die Lockvögel, die so viel Alarm über unser Tun und Lassen ausbüeten, doch schon lange wissen.

Der Verband bedarf ferner, wie ich schon betonte, aller Buchdrucker. In seinen Reihen sollen sich alle zu Hause fühlen, gleichviel, ob und was sie politisch denken; und ich meine, nach dieser Richtschnur sich zu verhalten, sei für einen vernünftigen Menschen keine so schwere Aufgabe. Müht doch der Verband immerhin in erster Linie dafür, daß es bei den Buchdruckern Unruhe in der Lohnfrage „vom Boden bis an den Welt“ nicht geben darf, und daß die Löhne wenigstens auf einer annehmbaren Höhe stehen. Und was das Kontingent unserer Arbeitslosen anbelangt, so werden wir eben doch zugestehen müssen, daß wir in dieser Hinsicht nicht allein stehen. Ich kenne wenigstens kein Gewerbe, das nicht seine stotzen und seine klauen Saison mit ihren Begleiterscheinungen für die Verunsicherung hätte; deswegen sind wir aber auch darauf bedacht, diejenigen Kollegen, denen durch Geschäftsklauen der Wanderstab in die Hand gedrückt wird, oder die ihre Arbeitspause am häuslichen Herde zubringen gezwungen sind, wenigstens einiger-

maßen über Wasser zu halten. Wir müssen uns damit abfinden und wir haben keine Ursache, unsere Vertreter deshalb zu steinigen, daß es ihnen, die genau wissen, was ihrer bei unzulänglichen Resultaten der Beratungen harret, noch nicht gelungen ist, die Arbeitszeit zu verkürzen. Freilich ist nicht zu bestreiten, daß wir in solchen Fragen gewöhnlich als die Bahndreher angesehen werden und daß aller Arbeiter Augen auf uns gerichtet sind in Rücksicht auf ihr Verhalten in der Zukunft; wir Buchdrucker können aber nicht mit den Schädeln die Wände einrennen, wie es der Urteilslosigkeit gegenüber wünschenswert ersieht.

Einen Hauptanstoß für das Entstehen der gegenwärtigen Situation hat jenen Phrasenologen, die ich in diesem Artikel gezeichnet habe, der Umstand, daß der Tarif nur zwingend für das Minimum lautet, daß also für die schon jetzt namhaft höher besoldeten Kollegen keine Norm gegeben ist. Weiter ging aber doch bis jetzt der Tarif überhaupt noch nie und wird es wohl kaum je können. Diejenigen Prinzipale, die bisher dem und jenem Gehilfen mehr bezahlt haben, wissen genau, warum sie dies taten, und diejenigen Gehilfen, die bisher bedeutend über tarifmäßige Einkünfte hatten, werden auch in Zukunft wissen, wie sie sich verhalten sollen; sie brauchen keine Norm, und es werden wohl auch kaum viele danach verlangen. Soll denn nun eigentlich auf einmal entgegen aller bisherigen Gepflogenheit mehr für die Höhergestellten als für die Vermitteln unter uns gefordert werden? Ich will von dem Kapitel des persönlichen Umganges Höhergestellter mit den Minimumkollegen hier keinen Auszug nieder schreiben, nur das sei gesagt, daß das Verlangen, beide immer weiter von einander zu entfernen, doch eigentlich etwas naiv ist. Kurz und gut sei darum festgestellt, daß wir diesmal wegen des von unsern Vertretern hergebrachten Resultates ebensowenig Grund haben, die Stelle wegzurufen, wie früher.

Am Schlusse meines Artikels angelangt, fühle ich mich genötigt, dem Wunsch Ausdruck zu geben, daß dieser Artikel geeignet sein möge, diejenigen unserer jüngeren Mitglieder, die sich auf eine im Sinne unsers Verbandslebens unredliche Fährte verirrt haben, auf den rechten Pfad zurückzuführen möchte, auf den Pfad, den unser Verband unbeirrt in. erhalten muß zum Wohle unsers Berufes. Wenn auch dann und wann etwas vorkommt, was nicht allen gleichmäßig angenehm ist, im Verbands darf es hinter dem Worte „Einigkeit“ kein Fragezeichen geben. Der Verband macht ja keinem seiner Mitglieder Vorschriften, über sein öffentliches Gewissen, aber er verlangt, was unsere Interessen als Buchdrucker betrifft, Corpsgeist in seinen Reihen, wie solcher in früheren Zeiten weit mehr vorhanden war als jetzt. Set er uns darum allen ein statliches Verbindungshaus, in dem wir Schutz finden gegenüber den mancherlei Fährnissen des Lebens, in dem wir rufen und rufen können: über: all das, was uns die buchdruckerliche Gegenwart und nächste Zukunft unterbreitet, und in dem wir unser Hausrecht haben und gebrauchen sollen gegen unbefugte Eindringlinge. In diesem Sinne wäre es geboten, jenem Preisgeächter, das sich nicht genug tun kann in seinem den Verband veräussernden Organe, begrifflich zu machen, daß wir ihnen gegenüber nicht anders zu denken vermögen wie Goldschmidts Junge. Schließlich haben wir gegen Schädlinge im Verbands einen Paragraph in unserm Verbandsstatute (§ 5 Abs. b), der es verdient, in etwas unter die Lupe genommen zu werden.

Hannover.

G. S.

Eine Richtigtstellung.

Auf die gegen mich gerichteten Angriffe des Geschäftsführers der „Vorwärts“-Druckerei in Nr. 259 des „Vorwärts“ habe ich an die Redaktion desselben das folgende Schreiben gerichtet:

„An die Redaktion des Vorwärts“, Berlin.

In dem Artikel „Noch einmal Reihhäuser“ in Nr. 259 Ihres Organs nimmt Herr Fischer bezug auf mein an Herrn Reihhäuser gerichtetes Schreiben und behauptet schließlich, ich hätte mit dem Sage meines Schreibens:

„Das Tarifamt hat deshalb auch nur entschieden, welche Kontrolle nach dem Kommentare zum Tarif als Berechtigt anzusehen ist,

direkte Klunkerlei verübt, während mir an einer andern Stelle „leichtfertige Verleumdung“ vorgeworfen wird.

Ich bitte, demgegenüber folgende Erklärung zum Ausdruck zu bringen:

Die vor dem Tarifausschusse 1904 geführte Beschwere über eine im Betriebe der „Vorwärts“-Druckerei eingeführte Kontrolle ist dort seitens des Vertreters der Maschinenfeger geführt worden, ohne daß ein Mitglied des Tarifausschusses oder ich persönlich vorher von einem „Gewährsmann“ irgendwie informiert gewesen wäre; mit wessen Hilfe jene Kontrolle zustande gekommen und wozu andern Zwecke dieselbe dienen sollte, ist mir bis heute unbekannt geblieben. Tatsache ist, daß der Vertreter der Maschinenfeger in höchster Entrüstung auf dieses Kontrollbuch als ein abschredendes Beispiel einer Kontrolle, nämlich wie sie nicht sein soll, hinwies. Wenn dieses Kontrollbuch unter Zustimmung und mit Hilfe des Vertrauensmannes der Maschinenfeger zur Einführung gekommen ist, so weiß ich allerdings nicht, was ich von einem solchen Vertrauensmannen der Gehilfen sagen soll. Ist das richtig, was die „Vorwärts“-Druckerei hierüber sagt, dann müßte doch der Maschinenfegervereinigung dieser Tatbestand bekannt sein. Im übrigen ändert aber auch dies nichts an der Einschätzung, die dieses Kontrollbuch von seiten des Tarifausschusses gefunden hat und finden mußte, son-

bern es können sich in das Verbands um eine solche Kontrolle dann lediglich Druckerei und Vertrauensmann teilen.

Das Tarifamt hat mit Schreiben vom 16. August 1905 der „Vorwärts“-Druckerei lediglich und zum Ueberflusse das bestätigt, was im Kommentare zum Tarif schon seit 1899 enthalten ist, und was deshalb auch der „Vorwärts“-Druckerei bekannt sein mußte, nämlich: daß die Gezer verpflichtet sind, ihren Namen auf die Fahnenkorrektur zu schreiben. Dagegen hat das Tarifamt mit keiner Silbe die von der „Vorwärts“-Druckerei geübte Kontrolle anerkannt, sondern im Gegenteile hat es in seinem Schreiben an die „Vorwärts“-Druckerei auf das Unzulässige einer solchen Kontrolle hingewiesen, wie diese durch die Maschinenfeger der Druckerei dem Tarifamte gegenüber geschildert wurde.

Im übrigen gab die „Vorwärts“-Druckerei mit ihrem Schreiben vom 14. August die Gründe für die verweigerte Kontrolle selbst an, indem sie schrieb:

Die Gehilfen lehnen die Erfüllung dieser Forderung (nämlich Ausschreiben des Namens auf die geleisteten Sachpalten) als tarifwidrig ab:

- a) weil sie eine solche Kontrolle als ein Berechnen im gewissen Gelde ansehen, was ausdrücklich für Maschinenfeger abgelehnt sei;
- b) weil diese Fahnenkontrolle kein einwandfreies Bild der Leistungen gebe, da alle störenden Momente — schlechtes Manuskript, Format- und Magazinwechsel — daraus nicht ersichtlich seien;
- c) weil in keiner andern Druckerei Berlins eine solche Kontrolle stattfinde.

Das Zutreffende dieser Ablehnungsgründe wollten die Maschinenfeger unter Beweis stellen. Das wurde der „Vorwärts“-Druckerei durch das Tarifamt auch mitgeteilt, und wurde dem noch hinzugefügt:

Eine solche Beweiserhebung zu veranstalten, ist aber nicht unsere Sache, sondern es könnte sich damit nur das Schiedsgericht befassen.

Die „Vorwärts“-Druckerei ist wieder mit ihrem Schreiben vom 14. August 1905 auf die von den Gehilfen geltend gemachten Ablehnungsgründe eingegangen, sondern sie hat dieselben unüberprüfbar wiedergegeben, noch hat sie später den Gegenbeweis dafür angetreten, trotzdem ihr durch das Schreiben des Tarifamtes bekannt war, daß die Gehilfen bei demselben geltend gemacht hatten, daß die ihnen zugemutete Kontrolle tariflich nicht berechtigt war.

Mit meinem Schreiben an Herrn Reihhäuser habe ich mich also lediglich an die Tatsachen gehalten, und muß deshalb den mir gemachten Vorwurf der „Klunkerlei“ und „Verleumdung“ entschieden zurückweisen.

Hochachtungsvoll Paul Schliebs.

Dem „Vorwärts“

hatte ich nachstehende Erwiderung eingesandt, die von ihm aber abgelehnt worden ist. Auch ein Zeichen der Meinungsfreiheit in jenem Blatte, das sich in der Herabwürdigung unsers Tarifes und unsers Verbandsführers nicht genug tun kann. Diese Erwiderung lautet wörtlich:

Seit vier Jahren bin ich Abonnent und eifriger Leser des „Vorwärts“. Seit 17 Jahren Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und seit 12 Jahren Mitglied der sozialdemokratischen Partei. Ich muß dies voraussagen, wenn ich Sie bitte, meine Zeilen im „Vorwärts“ zu veröffentlichen. Die Art und Weise, wie der „Vorwärts“ die ureigensten Angelegenheiten meines Verbandes und unsere berufenen Gehilfenvertreter und Führer behandelt und speziell bei der nichtbuchdruckerlichen Arbeiterschaft verächtlich und herunterreißt, hat mit Gerechtheit, Wahrheit und Uridlichkeit absolut nichts gemein. Hier muß einmal gesagt werden, was ist! Und wenn ich als „Provinzler“ auch keinen Anspruch auf die „ganze geistige Intelligenz“ erhebe und erheben will — das kann ja nur ein Berliner — so protektiere ich als eifriges Verbandsmitglied und zielbewußter Genosse ganz energisch gegen die vom „Vorwärts“ beliebte Behandlung unsers Tarifes, unserer Gehilfenvertreter und Führer und speziell unsers Redakteurs; sie ist weder anständig noch weniger sozialdemokratisch. Es tut mir in der Seele weh, den „Vorwärts“ unsern „Korr.“ und unsern Kollegen Reihhäuser gegenüber auf das Niveau eines Revolverblattes vom Schlage der Blätter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie herabgesunken zu sehen. Der „Vorwärts“ hätte alle Hände voll zu tun, um mehr Auffklärung in die Massen zu bringen, als wirklich Großartiges in der Arbeitervernehmung zu leisten. Daß letzteres seitens des „Vorwärts“ geschehen ist, muß leider konstatiert werden, wenn man den Buchdruckern gegenüber eben ehrlich sein will. Gibt denn die Angst der Leute um Stücker, Tille und Konjorten, die Buchdrucker könnten sich 1908 weigern, ihre Wahlfugblätter herzustellen, nichts zu denken? Was mag von diesen Leuten geplant sein, wenn diese Herrschaften es jetzt schon mit der Angst zu tun bekommen? Ich möchte im Interesse der Partei und des Verbandes dringend bitten, daß der „Vorwärts“ sich in Zukunft nicht mehr in Dinge mischt, die ihn absolut nichts angehen, und die er auch nicht versteht. Den Beweis für diese Behauptung hat der „Vorwärts“ durch die betreffenden Artikel selbst erbracht. Wir Buchdrucker regeln unsere Angelegenheiten selbst. Es ist einfach taurig, erst ein wütendes Gebelfer über die törichtesten Buchdrucker und ihre tariflichen

Abmachungen anzustimmen und dann nach einigen Jahren das anderen Gewerkschaften zu empfehlen, was man vorher mit dem größten Unverständnis und den verwerflichsten Mitteln heruntergerissen. Ich erinnere an 1896!

Ferner möchte ich alle diejenigen Genossen und speziell meine Berliner Kollegen, denen daran gelegen ist, daß unter den Arbeitermassen Einigkeit herrscht und ehrliches und treues Zusammenarbeiten möglich wird, dringend ersuchen, dafür zu sorgen, daß, wie im Falle Fischer gegen Kollegen Rehfäuser, in Zukunft eine solche etelchaste Bekämpfung von Führern unsers Verbandes und schimpfliches Gerunterreisen ihrer zum Teile bis zur Selbstaufopferung geleisteten Arbeit durch Arbeiterblätter unmöglich wird. Man kann sehr wohl über unsern neuen Tarif geteilter Meinung sein, aber ist denn schon jemals ein Tarif mit Unternehmern abgeschlossen worden, der nur Rechte, aber keine Pflichten für die Arbeitnehmer, der nur Verbesserungen enthielt? Seien wir doch ehrlich gegen uns selbst und aber auch ehrlich und gerecht gegen unsere Gehilfenvertreter. Nur bewußte Bosheit, Unverständnis und Eide kann hier von „Verrätern“ sprechen. Unsere Gehilfenvertreter haben wir doch nur durch ihre jahrelange bewährte Tätigkeit in unserm Verbande und durch unsere fast einstimmige Wahl auf ihre Posten gestellt. Bei Annahme oder Ablehnung des neuen Tarifes mußten sich unsere Gehilfenvertreter vor allem darüber einig sein: Sind die Nachteile des neuen Tarifes derartig, daß ein Streik gerechtfertigt ist, oder sind die Vorteile so, daß sich eine Annahme rechtfertigt? Ein Ablehnen der Verhandlungen oder Verwerfung des Tarifes bedeutet nichts anderes als Streik. Wer hier etwas anderes behauptet, kennt nicht die Verhältnisse und die Umstände nicht, wie sie bei Abschluß unsers Tarifes waren und noch sind. Daß unsere Gehilfenvertreter den Tarifvertrag abgeschlossen, dafür haben sie wohl ihre triftigen Gründe. Es ist doch auch in unsrer Partei nicht üblich, dem Gegner die eigne Blöße zu zeigen, und aus denselben tatsächlichen Gründen ist es unmöglich, hier näher darauf einzugehen. Leider waren die Gründe eben derart, daß den Gehilfenvertretern die Annahme des Tarifes als das kleinere Übel erscheinen mußte. Ich erinnere mich noch gut der Tatsache, daß bei dem Streik der Buchdrucker 1891/1892 dem Streikleiter Knie in Stuttgart nach dem Streik bittere Vorwürfe von Kollegen über ihre Teilnahme am Streik gemacht wurden, trotzdem in der mir denkwürdigen Versammlung dreimal über die Beendigung des Streiks, denselben also nach Lage der Sache als verloren anzusehen, abgestimmt werden mußte. Wir fühlten alle, daß es ja nur zu wahr war, was uns Kollege Knie in seinen drei Reden vor den drei Versammlungen vorführte; aber es fand sich kein Kollege, der bei der Abstimmung zu Beendigung des Streiks die Hand hochhielt. Dürteres Schicksal herabsäte, ist dem großen Sankt bei allen Anwesenden. Da kam Kollege Knie auf den Einfall, die Gegenprobe zu verlangen, und auch da erlosch sich keine Hand. Unterlegen, aber nicht besiegt, das nächste Mal machen wir's besser, das war der Grundton, der erst wie ein Hauch, dann aber in heller Begeisterung durch die Versammlung ging und nach Schluß derselben mit einem spontanen Brausenden Hoch auf die völlerbefreiernde Sozialdemokratie ausklang. Das Besserwerden kam 1896. Und ein weiteres Besserwerden hat jetzt stattgefunden. Davon wird auch das wüthendste Gelläst nichts ändern. Genossen und Kollegen, sorgt dafür, daß gewisse Streithähne, die den Beweis, daß sie der Arbeiterkraft auch nur zu 5 Pfennig mehr an Lohn pro Woche verholten haben, zum größten Teile noch schuldig sind, das Handwerk gelegt wird; daß sie **Sozialismus** zu vertreten und vorzuleben haben, wenn diese Leute weiter noch als Genossen betrachtet sein sollen!

Es ist traurig, daß gerade immer in ersten Momenten einige Streithähne und Querhölzer instand sind, die Arbeiterkraft zu betriegen und zu verhindern, ihre Siege oder Situationen auszunutzen, weil diese Leuten vorher nicht gefragt sind oder vernehmen die Sache besser zu verstehen. Als Beweis für meine Behauptungen führe ich das läppische Gezänke der Führer der Pariser Kommune an, wo dieselben die erste Zeit mit persönlichen Eifersüchteleien verdröbelten und einer des andern Anordnungen vernarrt. Wer Zweifel hegt oder sich näher informieren will, der lese die „Geschichte der Komune“ von Paul Lafargue. Lassen wir die Lehren der Geschichte nicht unbeachtet an uns vorüber gehen, und lassen wir den Buchdruckern, was den Buchdruckern ist!

Und nun, meine Berliner Kollegen, versucht doch einmal den Tarif vorurteilsfrei zu betrachten und vergeht nicht, daß der alte, jetzt zu Ende gehende Tarif heute noch nicht einmal überall vollständig eingeführt ist, weil dies eben nicht in der Macht der Verbandsfunktionäre und der einzelnen Vorstände liegt. Hier muß das einzelne Mitglied seine Schuldigkeit eben mittun. Es ist leider Tatsache, daß ein sehr großer Teil unserer jüngeren Kollegen das Wesen der Tarifgemeinschaft gar nicht näher kennt und auch nicht weiß, mit welcher schweren Opfern an Geld und Existenz die Tarifgemeinschaft errungen wurde. Nahezu 30000 Mitglieder des Verbandes sind noch keine zehn Jahre Verbandsmittel und fanden also gewissermaßen ein gemachtes Bett. Diese Tatsache ist wohl zu beachten und erklärt auch die durch nichts weniger als Sachkenntnis getriebene Beurteilung des neuen Tarifabschlusses. Mögen meine Ausführungen dazu beitragen, die Einigkeit zu fördern und eine objektive Beurteilung der Buchdruckerangelegenheiten zu schaffen, so ist ihr Zweck erreicht. Es ist eines Sozialdemokraten sowohl wie Verbandsmittelgedes unwürdig, Vogelschrauß-

politik zu treiben und die Dinge, wie sie nun einmal liegen, nicht sehen zu wollen. Es ist erforderlich, einen gemachten Fehler einzugehen und durch Verbesserungen zu führen, aber keineswegs aus Standalucht einen nun einmal gemachten Fehler noch zu verschlimmern.
Kassel. Karl Käfer.

Korrespondenzen.

Mugsburg. Nach Verlesung des Quartalsberichts, der ein Ortsvereinsvermögen von über 7000 Mk. ausweist, hatte sich die Ortsvereinsversammlung wieder einmal mit der Frage zu beschäftigen, ob wir angesichts der ständigen Angriffe auf unsere Organisation im Gewerkschaftsvereine noch länger dort mitwirken könnten. Der Vorsitzende Kirchmeyer erinnerte zunächst daran, daß wir uns erst im vorigen Jahre gegen die im Gewerkschaftsvereine von dem Geschäftsführer der Textilarbeiter unter Beifall erhobenen Anwürfe, für die sich derselbe auf angelegte Informationen aus Kollegenkreisen berief, wonach wir erst den Beweis dafür zu erbringen hätten, daß wir Gewerkschaftler seien und mit den gelben Gewerkschaften auf eine Stufe gestellt wurden usw., wenden mußten, und uns bereits damals nur eine recht fragwürdige Genugtuung geworden ist. Die damalige Aussprache vermochte nicht zu verhindern, daß die Angriffe auf uns ununterbrochen fortgesetzt wurden. Zunächst wurde von dem Geschäftsführer der Metallarbeiter, Herrn Wernthaler, in einer Metallarbeiterversammlung — selbstverständlich wie immer ohne jede Unterlage — behauptet, wir betrügen den Gewerkschaftsverein um einen Teil der Beiträge, und in den Sitzungen vom August und September wurden Ausführungen unserer Delegierten mit ordinären Beschimpfungen beantwortet. Namentlich die Amtsüberlegung des Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins, bei welcher recht eigenartige Auffassungen über die Rechte und Pflichten eines Berichterstatters an der Arbeiterpresse zutage traten, bot unseren Gegnern willkommenen Anlaß, über unsere Delegierten herzufallen. Ihren Höhepunkt erreichten diese Angriffe in der letzten Sitzung. Und zwar aus folgendem Grunde: Im Juli dieses Jahres wurden in einer vom Vorsitzenden des Gewerkschaftsvereins einberufenen Versammlung, die sich aus den besonders hierzu eingeladenen Delegierten, den Vorständen der Gewerkschaften und der Preiskommission der „Schw. Volksztg.“, Vertretern der Partei usw. zusammensetzte, eine sogenannte Ausbreitungskommission, die sich aus Delegierten aller Korporationen zusammensetzen sollte, gegründet. Diese Kommission beschloß nun, von den Gewerkschaften die Aufnahme einer Statistik zu fordern, in welcher unter Namensnennung und Angabe der vollständigen Adresse die Frage beantwortet werden sollte: „Welche Zeitungen lesen Sie?“ Zu allem Ueberflusse sollten die Fragebogen noch mit dem Stempel der betreffenden Gewerkschaft versehen werden. Der Ortsauschuß erblüete hierin nichts als den Versuch der Gefinnungsähnlichkeit und des völlig unberechtigten Einmischens in eine reine Privatangelegenheit. Von voreherein aber glaubten wir es ablehnen zu müssen, auch nur den Versuch zu unterstützen, einer völlig unverantwortlichen Körpererschaft zu Material zu verhelfen, das schließlich wieder in zbeliebiger Weise zu persönlichen Angriffen Verwendung finden kann. Prinzipiell sind wir der Meinung, daß kein Mitglied die Beantwortung einer solchen Frage schuldig ist, und dem Gewerkschaftsvereine sprechen wir die Kompetenz in solchen Dingen ab. Demgemäß wurden die Fragebogen wieder zurückgefordert mit einem Schreiben, daß wir schon statutgemäß nicht in der Lage wären, die Beantwortung derartiger Fragen von unseren Mitgliedern zu verlangen. Im übrigen waren außer uns noch eine ganze Anzahl anderer Gewerkschaften in dieser Kommission nicht vertreten. Unter Umgehung geschäftsordnungsmäßiger Gepflogenheiten wurden nun am Schluß der letzten Sitzung im Gewerkschaftsvereine die heftigsten Angriffe gegen uns gerichtet. Der anscheinend eigens deshalb erschienene zweite Vorsitzende der Ausbreitungskommission, der offenbar im Auftrage handelte, erklärte, daß alle Gewerkschaften, mit Ausnahme der Buchdrucker, die Statistik aufgenommen hätten; das Verhalten der Buchdrucker müsse auf das schärfste mißbilligt und ihr Eigendünkel gebrochen werden. Der Gewerkschaftsverein müsse eine Resolution beschließen, die dies zum Ausdruck bringe. Unser Delegierter Maier wies diese Angriffe zurück und erklärte, daß es Sache jeder einzelnen Gewerkschaft sei, ob sie sich an derartigen Arbeiten beteiligen wolle; wenn die Buchdrucker sich dieser Angelegenheit gegenüber ablehnend verhielten, so sei dies deren gutes Recht. Man solle mehr das Gemeinsame pflegen, damit wir einander näher kommen. Er, Vorsitzender, habe erklärt, daß wir die politische und religiöse Neutralität nicht nur pro forma ins Statut aufgenommen hätten, sondern daß die Hochhaltung dieses Prinzips für uns mit eine Hauptfrage sei, woran nicht gerüttelt werden könne und dürfe. Man solle uns endlich mit diesen Angriffen verschonen, wie wir uns gleichfalls nicht in die Angelegenheiten anderer Organisationen mischten. Es wäre besser, man würde wirkliche Solidarität pflegen und nicht immer nach trennenden Momenten suchen. Ein Herr Böcklich, Textilarbeiter, war der Meinung, daß den Buchdruckern einmal gar rühlich die Meinung gesagt werden müsse. Sie hätten noch nie auf dem Boden des Klassenkampfes gestanden und bilden sich nur ein, eine moderne Organisation zu sein. Sie besuchen sich auf ihren Geldsack, aber in Wirklichkeit stehen sie auf Kirchs-

Dunderschem Standpunkte. Sie sitzen auch jetzt wieder in ihrer Harmoniebuschlei mit ihren Prinzipalen zusammen, sie sollten von anderen Arbeitern erst lernen. In ihrem Verhalten sei ihre Erziehung durch ihr Organ, die Rehfäuser'sche Methode mit Schuld. Dort werde mit Schmutz nach Partei- und Gewerkschaftsführern geworfen. „Diesen Leuten“ müsse die gebührende Antwort werden. Und solche „Geistesblitze“ fanden lebhaften Beifall. Die Kollegenchaft solle nun entscheiden, ob wir unter solchen Umständen noch im Gewerkschaftsvereine bleiben sollten. Es sei bedauerlich, daß wir das Arbeitersekretariat nicht weiter unterstützen könnten, wenn wir aus dem Gewerkschaftsvereine ausscheiden; allein wir seien es der Ehre und Würde unsrer Organisation schuldig, daß wir dem unwürdigen Spiele, das man dort mit uns treibe, ein Ende machen und für uns allein bleiben, solange, bis man im Gewerkschaftsvereine sich auf seine Aufgaben besinne und man sich dazu verstehe, uns als gleichberechtigt zu behandeln. Redner empfahl demgemäß den Antrag der Vertrauensmännerung, aus dem Gewerkschaftsvereine auszutreten, zur Annahme. Kollege May erklärte, daß nach seiner Information der Genosse Frickinger die Sache allerdings nicht im geschicktesten Sinne behandelt habe. In anderen Städten hätten sich jedoch die Buchdrucker an solchen Statistiken beteiligt. Der ablehnende Standpunkt des Ausschusses hätte in weniger scharfer Weise motiviert werden können; man solle die politischen und religiösen Motive nicht so in den Vordergrund drängen, vielmehr hätte hervorgehoben werden sollen, daß man von Buchdruckern, die zum Teile Zeitungen von Geschäfts wegen geliefert bekommen, nicht so ohne weiteres das Abonnement einer weitem Zeitung verlangen könne. Wenn im Gewerkschaftsvereine Uebergriffe gegen die Buchdrucker vorgekommen, so seien doch auch unsere Delegierten nicht ganz hafenrein. Sei auch der Verband im allgemeinen eine musterzügliche Organisation, so jedenfalls am Orte nicht. Es sei doch fraglich, ob wir jetzt aus dem Gewerkschaftsvereine ausscheiden sollten. Unsrer Prinzipalität werde hieraus ihre Schlüsse ziehen. Man solle im jetzigen Augenblicke nicht diesen Fanatismus in die Arbeiterkraft hineinwerfen (das Recht steht nur den Uebergenossen zu, wie jedermann ersichtlich! Red.), wenn es auch für die Delegierten manchmal unangenehme Stunden im Gewerkschaftsvereine gäbe. Von dem Austritte solle man Abstand nehmen. Delegierter Kollege Maier wandte sich gegen Kollegen May; nicht unsere Delegierten seien an diesen unerquicklichen Verhältnissen schuld; sondern die Arbeiterkraft unterliege gewissen Einflüssen, und da müsse einmal ausgesprochen werden, daß es Kollegen sind, die ihre eigne Organisation herabwürdigten und mit Schmutz bewarfen. Was an unseren Verhältnissen im Ortsvereine auszufehen sei, habe May noch zu sagen. Im hiesigen Kartelle werde nicht, wie die Generalkommission es wolle, die Einigkeit gepflegt; man sei in manchen Gewerkschaften eben allzu sehr befreit, den Parteigenossen über den Gewerkschaftler zu stellen. Man verlange von uns die Verbreitung der „Volkszeitung“, die auch den Schmäbartikel des „Vorwärts“ über den neuen Tarif und den Organisationsvertrag zum Ubrude brachte! Trotzdem seien Kollegen privatim bereit gewesen, im gewünschten Sinne der Ausbreitung der „Volkszeitung“ zu wirken. Auch er bedauerte, mit Rücksicht auf das Arbeitersekretariat, nicht mehr mitwirken zu können. Er habe sich nicht entschließen können, selbst den Antrag auf Austritt aus dem Gewerkschaftsvereine zu stellen, aber es bleibe in der Tat nichts weiter übrig, denn man dränge uns förmlich dazu. Redner stellte noch fest, daß die Behauptung, daß alle andern Organisationen die Statistik aufgenommen, direkt unwahr sei, da noch drei Wochen nach der betreffenden Sitzung um Einsegnung des Materials ersucht wurde. Mit der Wahrheit werde es also sehr wenig genau genommen. Kollege Hauschild bedauerte, daß wir uns heute wieder mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen. Es sei verfehlt, diese Angriffe als Ungeschicklichkeiten einzelner hinstellen, denn sie kehren seit Jahr und Tag wieder. So etwas könne man nicht fortgehen lassen. Es bestehe auch keine Aussicht, daß ein Wechsel der Delegierten hier Wandel schaffe. Wir werden angegriffen, weil wir keine Parteipolitik in unsrer Organisation pflegen. Auch er sprach sich für den Austritt aus. Kollege Kasse: Die Zwifligkeiten der Buchdrucker mit den übrigen Gewerkschaften rühren daher, daß letztere oftmals den politischen und wirtschaftlichen Kampf nicht auseinanderzuhalten vermögen. Eine Gewerkschaft muß politisch neutral sein, wenn sie alle Berufskollegen umfassen soll; deshalb solle man auch die Gewerkschaft, die die Propaganda für die „Volkszeitung“ nicht betreiben will, in Ruhe lassen. Daß der Vorsitzende angeblich zu präzis geantwortet, sei nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend sei vielmehr die große Verschwommenheit, die in bezug auf die Neutralitätsfrage noch vorherrscht. Auch der Beschluß des Mannheimer Parteitag, die Pflege des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften, könne nur zu verstanden werden, daß dies auf privatem Wege geschehen soll. Nach den ihm gewordenen Mitteilungen seien unsere Delegierten bei ihrem Verhalten vollkommen im Rechte gewesen. Trotzdem würde er es bedauern, wenn wir aus dem Gewerkschaftsvereine ausscheiden würden und empfiele er eine Resolution, welche die Angriffe energisch zurückweise und erst bei Fortdauer derselben den Austritt in Aussicht stelle. Kollege Maier erklärte sich gegen die Resolution Kasse, die nichts nüge. Man würde dieselbe im Gewerkschaftsvereine einfach zur Kenntnis nehmen und darüber lachen. Nach weiterer Debatte, in der sich die Kollegen Hägele, Burkhardt und Wauer gegen die Resolution Kasse und

für den Antrag der Vertrauensmännerstimmung aussprechen, und nachdem Kollege May nochmals die Resolution Kahle empfohlen, wird der nachstehende mit fünf Gesichtel Mehrheit angenommen: „Infolge der fortgesetzten Angriffe auf unsere Organisation im Gewerkschaftsvereine — so zuletzt wegen Verweigerung der Ausübung einer von der Ausbreitungskommission der „Schwabischen Volkszeitung“ verlangten Statistik —, welche ein ersprießliches Zusammenwirken auf gewerkschaftlichem Gebiete vollständig ausschließen, beschließt die heutige Ortsvereinsversammlung, die Delegierten zurückzuziehen und aus dem Gewerkschaftsvereine auszutreten.“

tt. Baden-Baden. Am 20. Oktober nahm der hiesige Ortsverein den Bericht der Tarifverhandlungen entgegen. Der Vorsitzende Mayer, der zur Außerordentlichen Bezirksversammlung nach Karlsruhe delegiert war, in welcher Kreisvertreter Nie über genannten Punkt referierte, führte uns in nahezu einfindiger Ausföhrung alle die Einzelheiten des neuen Tarifes vor Augen. Nach der Diskussion, in der Stimmen für und gegen den Tarif laut wurden, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Der Ortsverein Baden-Baden stellt sich, nachdem die Bogen sich einigermaßen geglättet haben, auf den Boden des neuerevidierten Tarifes, und zwar deshalb, weil er in die Gehilfenvertreter das unerföhrliche Vertrauen setzt, alles getan zu haben, um die gegenseitig gestellten Unträge bei den Tarifverhandlungen zur Annahme zu bringen. Wenn dies ihnen trotz energischen Kämpfens nicht in dem gewünschtesten Maße gelang, so lag dies an dem absolut negierenden Standpunkte der Prinzipalsvertreter, die eben kein Verständnis für die berechtigten Forderungen der Gehilfen hatten. Der Ortsverein steht daher nicht an, das Verhalten der Prinzipale, die ihre Vertreter mit gebundenen Mandaten nach Berlin schickten (Das ist nicht zutreffend. Red.) einer überdeutlich scharfen Kritik zu unterziehen. Des weitem bringt der Ortsverein Baden-Baden zum Ausdruck, unter allen Umständen an der beim Kreisrat beantragten Erhöhung des Sozialzuschlages von 15 auf 17 1/2 Proz. festzuhalten.“

Bezirk Brandenburg. Um zu den neuen Tarifabmachungen und dem Organisationsvertrage Stellung zu nehmen, fand am 21. Oktober in Rathenow eine Außerordentliche Bezirksversammlung statt, die zahlreich besucht war. Kollege Kirchner-Stettin berichtete in reichlich zweifündiger Rede über die Verhandlungen des Tarifauschusses und erläuterte den nunmehr abgeschlossenen Organisationsvertrag. In einer sachlich geföhrten längeren Diskussion wurde allseitig bedauert, daß die Prinzipale angesichts der jetzigen teuren Zeit so wenig Entgegenkommen gezeigt hätten. Jedoch wird erwartet, daß die minimalen Zugeständnisse auch allen Gehilfen zu teil werden. Verschiedene Fragen, den neuen Tarif und den Organisationsvertrag betreffend, wurden vom Kollegen Kirchner in seinem Schlussworte ausführlich beantwortet. Folgende vom Kollegen Wör eingebachte Resolution gelangte hierauf zur einstimmigen Annahme: „Die am 21. Oktober zu Rathenow tagende Versammlung des Bezirksvereins Brandenburg kann die vielfach behauptete Schädigung der gewerkschaftlichen Interessen in dem revidierten Buchdruckerarife nicht erblicken und erklärt deshalb ihre Zustimmung zu den getroffenen Abmachungen. Da das Bedenken an den Segmaschinen ebenso wie das der Handseger nur dann zu Unzuträglichkeiten föhren kann, wenn die betreffenden Kollegen ausschließlich auf ihren persönlichen Vorteil bedacht sind, erwartet die Versammlung von den Kollegen, daß sie ihre Leistungen mit der gewerkschaftlichen Solidarität in Einklang bringen. Dem Organisationsvertrage stimmt die Versammlung zu unter der Voraussetzung, daß dadurch an der im § 42 festgesetzten Gültigkeitsdauer des allgemeinen Tarifes nichts geändert wird. Es ist deshalb notwendig, daß künftige Tarifverhandlungen nicht Ende, sondern Anfang September stattfinden, um die dreimonatliche Kündigungsfrist sicherzustellen, falls die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Resultate föhren. Den Gehilfenvertretern spricht die Versammlung den Dank für die bisherige Tätigkeit aus, ebenso der Verbandsleitung, die sich durch Angriffe Außenstehender nicht in ihrer bisher als richtig anerkannten Interessenvertretung der organisierten Buchdruckergehilfen wehren lassen möge.“ Die übrigen Tagesordnungspunkte waren von weniger allgemeinem Interesse. Erwähnt mag noch sein, daß die nächstjährige Bezirksversammlung aus Anlaß des vierzigjährigen Verbandsjubiläums unser allverehrter Kollege Leddin in Zieslar (seinem langjährigen Wirkungskreise) abgehalten werden soll.

Bremervorhaben u. Umg. In der am 25. Oktober abgehaltenen Versammlung hatte die hiesige Kollegenschaft zum neuen Tarife Stellung zu nehmen. Nach langer, eingehender Debatte wurde nachstehende Resolution mit überwiegender Mehrheit angenommen: „Die heute, am 25. Oktober, versammelte Mitgliederschaft Bremervorhaben und Umgegen verurteilt entschieden die minderwertigen Ergebnisse der diesjährigen Tarifrevision. Sie stellt sich im großen und ganzen auf den Boden der Berliner Resolution und erklärt, nicht eher diesen Tarifabmachungen ihre Zustimmung zu geben, bis die Frage der Sozialzuschläge in befriedigender Weise geregelt ist.“

Einigkeit. Die am 27. Oktober im Vereinslokale „Zum Bahnhöfe“ abgehaltene Versammlung der Mitgliederschaft Einigkeit erklärte sich mit den Ergebnissen der Verhandlungen des Tarifauschusses einverstanden und sprach ihren Vertretern, die einen nicht zu verkennenden schweren Standpunkt, wie auch insbesondere ein immenses Arbeitspensum zu erlebigen hatten, die größte Anerkennung und den Dank aus. Sie betrachtet die neuen Abmachungen als ein nicht zu verkennendes Mittel,

den Tarif auch in der Provinz zur allgemeinen Einführung zu bringen. Weiter erwartet die Versammlung von der Prinzipalität, daß sie auch den bei der Lohnerrhöhung nicht in Betracht kommenden Gehilfen die entsprechende Zulage gewährt.

B. Elbing. Die am 13. Oktober abgehaltene Monatsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem neuen Tarifvertrage. Es entspann sich hierbei eine sehr lebhaftere Debatte, in welcher die meisten Redner sich dahin aussprachen, daß der neue Tarif nicht das Erhoffte gebracht habe. Man hörte hierbei recht kritische Worte fallen. Die Erhöhung des Minimums um 10 Proz. genüge nicht der immer mehr zunehmenden Steigerung der Lebensmittel- und Wohnungspreise. Eine Erhöhung von 15 Proz. wurde als begründet erachtet. Die Erhöhung komme doch lediglich den jungen Kollegen zugute, die älteren dagegen, denen eine solche auch wünschenswert wäre, gehen leer aus. Es hätte mindestens eine 10 prozentige Erhöhung vom Minimum allen Kollegen zuteil werden müssen; wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß die Prinzipale hierin einen Ausgleich schaffen werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit um höchstens 1/4 Stunde hätte von den Gehilfenvertretern nicht angenommen werden müssen, denn von 54 Arbeitsstunden eine halbe Stunde Verkürzung sei für die Kollegen nicht annehmbar. Eine Verkürzung von mindestens anderthalb Stunden wäre angebracht gewesen. Die Versammlung drückte ferner ihr Erstaunen aus über die vom Tarifamte herausgegebene Statistik, soweit die Preise für Elbing in Betracht kommen. (Das Tarifamt hat die ihm angegebenen Ziffern verarbeitet, das Staunen dem Tarifamte gegenüber ist also nicht angebracht. Red.) Eine Wohnung, bestehend aus einer Stube, Kabinett, Küche und Zubehör, für jährlich 132 Mk. läßt sich hier wohl schwer finden; der Durchschnittspreis einer solchen beträgt 170 Mk. (In Pangritz-Kolonie, etwa eine Stunde von der Stadt entfernt, mit ungepflasterten Straßen, kann man Wohnungen für jährlich 142 Mk. erhalten, aber dort will es den Kollegen nicht so recht behagen. D. Sch.) Ebenso wenig stimmen die Angaben für Lebensmittel. Die Beförderung hat, wie schon vielfach erwiesen, bei Aufstellung dieser Ziffern nach unten abgerundet; bei Steuererhebung dagegen beliebt dieselbe jedoch möglichst nach oben abzurunden. Der Vorstand wurde noch beauftragt, den Kreisvertreter zu ersuchen, den für Elbing beantragten Sozialzuschlag von 5 Proz. nach Möglichkeit durchzuführen. Es wurde folgende Resolution angenommen: „Der Ortsverein Elbing erklärt sich im Interesse der Organisation mit dem neuen Tarife einverstanden, hält jedoch in Anbetracht der herrschenden Leerung die errungenen Vorteile für geringfügig.“ Daraus wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Flensburg. Am 27. Oktober fand hier selbst eine Versammlung des hiesigen Ortsvereins statt, in der Kollege Demuth-Hampden in etwa zweifündiger Rede über die Berliner Tarifverhandlungen referierte. Der Vortragende gab Erläuterungen zu den einzelnen Beschlüssen, welche die Versammlung vollständig befriedigten. Einzelne Bestimmungen des neuen Tarifes bzw. des Vertrags mit dem Deutschen Buchdruckerverein wurden von mehreren Rednern kritisiert, während andererseits die Abmachungen auch aus der Mitte der Versammlung lebhaft verteidigt wurden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 27. Oktober abgehaltene Versammlung des Ortsvereins Flensburg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat durch die Ausführungen des Kollegen Demuth die Ueberzeugung gewonnen, daß nach Lage der Gesamtverhältnisse ein Mehr bei den Tarifverhandlungen nicht zu erreichen war. Sie spricht den Vertretern bei den Tarifverhandlungen ihr Vertrauen aus und nimmt sich vor, bei den Flensburger Prinzipalen auf Grund der neuen Bestimmungen und durch persönliche Einwirkung möglichst viel zu erreichen. In der Erwartung, daß auch den mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohten Kollegen eine entsprechende Aufbesserung zuteil wird.“ Nachdem noch dem Vortragenden für seine Aufklärungen und sein Wirken im Interesse der Kollegenschaft der Dank der Anwesenden durch Erheben von den Sitzen bezeugt worden, wurde die zahlreich besuchte Versammlung durch den Vorsitzenden Heimann geschlossen.

Frankfurt a. M. Maschinenmeisterverein.) Die am 21. Oktober abgehaltene Monatsversammlung fand, wie alljährlich üblich, um mit den Offenbacher Kollegen engere Föhrung zu nehmen, dortselbst im Restaurant „Lindenloble“ statt. Erfolgreichweise beginnt sich das Vereinskleeblatt wenn auch langsam, so doch immer mehr zu heben. Die Tarifrevision bot eine äußerst lebhaftere Debatte, in welcher die Beschlüsse teils gutgeheißen, teils ganz entschieden verworfen wurden. Kollege Braum als Bezirksvorsitzender ermahnte die Kollegen zur Nachsicht und forderte dieselben auf, sämtlich tatkräftig für den neuen Tarif einzutreten. Ferner wurde geäußert, daß die Gleichstellung der Drucker- und Segerlehrlingskategorie durchgeföhr werden müssen. Auch wurde der Fortschritt anerkannt, den wir hier in der Hilfsarbeiterfrage zu verzeichnen haben, da in Frankfurt dieselben in verschiedenen Druckerereien mit der Zeit zu Maschinenmeistern ausgebildet wurden. Ferner seien die Kollegen an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Versammlung am 10. November in „Kemp-Bräu“ abgehalten wird.

N. Gera. Am 27. Oktober nahmen die hiesigen Mitglieder in Außerordentlicher Versammlung Stellung zum neuen Tarifabkommen. Eine zu diesem Zwecke geplante Bezirksversammlung mußte unterbleiben, weil für Sonntags kein Referent zu haben war. Es hatten sich

aber zu dieser Versammlung eine größere Anzahl Kollegen aus Pöbneck, Weida, Pöftritz, Luma, Eisenberg, Ronneburg und Schleiz eingefunden. Insgesamt war die Versammlung von 135 Mitgliedern besucht. In ausführlicher Weise schilderte unser Gehilfenvertreter König-Galle das Zustandekommen des neuen Tarifes, zugleich die Motive erläuternd, welche die Gehilfenvertreter geleitet haben, dem neuen Tarife ihre Zustimmung zu geben. In die Orte des Bezirkes, welche einen Antrag auf Erhöhung des Sozialzuschlages gestellt haben, richtete Referent die Aufforderung, eigne Vertreter bei Festsetzung der Sozialzuschläge vor dem Kreisamte zu senden. Dem Referenten wurde reicher Beifall am Ende seiner Ausführungen zu teil. In der sich anschließenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Mitglieder wohl Ursache zu Mißmut und Unzufriedenheit hätten, auch hätte ein so weitgehender Vertrag wie der vorliegende von und zu Organisation der Mitgliedern vorliegen müssen; doch stellte man sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, bezweifelte, daß eine Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes das Recht habe, den von den Gehilfenvertretern vereinbarten Tarif abzuändern, und bezweifelte desgleichen, daß durch einen Streik mehr zu erreichen sein werde. Man legte vielmehr Gewicht darauf, vorzubringen, daß sich solche Vorfälle wie die jetzigen in Zukunft wiederholen. Dies sei vielleicht zu erreichen, wenn der zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern vereinbarte Tarif in Zukunft den Mitgliedern zur Stellungnahme unterbreitet wird und erst eine Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes den Vertrag definitiv ablehnt oder gutheißt. Auch sollten die Mitglieder sozialpolitisch mehr geföhnt und die Qualität derselben durch gewerkschaftliche Erziehung mehr gehoben werden. Die denkbar schärfste Beurteilung fand das Verhalten eines Teiles der Parteipresse, insbesondere das der „Leipziger Volkszeitung“. Unter großem Beifalle der Versammlung wurde es in schärfster Form vom Gehilfenvertreter zurückgewiesen, sich von Blättern vom Schlage der „Leipziger Volkszeitung“ als Berater hinstellen zu lassen. Die Gehilfenvertreter seien sich ihrer Verantwortung bewußt gewesen und hätten kein Spiel mit Egoismen treiben wollen. Zwei Resolutionen lagen zur Abstimmung vor. Die abgeänderte Zwickauer Resolution erhielt nur neun Stimmen. Mit großer Mehrheit wurde folgende Resolution neuer angenommen: „Die heutige Außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Gera, an welcher auch viele Mitglieder des Bezirkes teilnahmen, betrachtet den abgeschlossenen Tarif nach jeder Seite hin als unzureichend und bebauert die sozialpolitische Rückständigkeit der Arbeitgeber in Bezug auf Zugeständnisse der Arbeitszeitverkürzung. Da aber nach Anhörung des Gehilfenvertreters infolge der Weigerung der Prinzipalität nicht mehr zu erreichen war, so erklärt sich die Versammlung mit den getroffenen Vereinbarungen für diesesmal einverstanden und spricht den Gehilfenvertretern ihr für die Mithewaltung ihren Dank aus.“ In seinem Schlussworte sprach der Referent den Wunsch aus, die Kollegen möchten am 1. Januar fest zusammenstehen; vielleicht könnten auch die Kollegen auf ihre Rechnung kommen, die eine gewerkschaftliche Probe des Verbandes wünschten. Mit dem Dank der Versammlung an den Gehilfenvertreter für sein Referat und mit einem dreifachen Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihren Abschluß.

M. Bezirk Hannover (Süd). Am 21. Oktober tagte in Celle die dritte Bezirksversammlung. Nachdem das Dampfproß morgens 9 Uhr die Kollegen nach hier gebracht hatte, fand eine Besichtigung des Schlosses und der Wuntfarbenfabrik statt. Die Besichtigung der letztern war uns von den Inhabern in freundlicher Weise gestattet, und sei der Firma auch an dieser Stelle dafür gedankt, um so mehr, als auch die Kollegen reges Interesse an dem Gesehenen bekundeten. Von hier ging's nach dem Versammlungsorte „Betersburg“, dort wurden die Verhandlungen durch den Bezirksvorsitzer Rosenbruch-Hannover eingeleitet. Die Präzisionsliste ergab die Anwesenheit fast sämtlicher Mitglieder aus dem Bezirke, das Fehlen einiger Kollegen war wegen schlechter Bahnverbindung zu entschuldigen. Die Nichtmitglieder aus Celle waren trotz mehrmaliger Einladung nicht erschienen. Zu den Berichten aus den einzelnen Druckerorten ist zu bemerken, daß die tariflichen Verhältnisse sich nicht ge bessert haben. Dagegen wurde festgestellt, daß die Segmaschine in unserm Bezirke immer mehr ihren Einzug hält. Hierauf referierte Kollege Rosenbruch in einem einfindigen Vortrage über das Thema: „Der neue Tarif und unsre gewerkschaftliche Aufgabe.“ Die hierauf eingetretene Besprechung einigte sich auf folgende Resolution: „Die Bezirksversammlung von Hannover (Süd) am 21. Oktober in Celle erklärt unter Berücksichtigung aller Verhältnisse ihr Einverständnis mit den Ergebnissen der Tarifvereinbarung. Die Anwesenden erklären, mit aller Kraft für die Durchföhrung derselben eintreten zu wollen und erwarten von den Prinzipalen, daß auch diese die Bestimmungen in loyaler Weise durchföhren; insbesondere auch den Kollegen, welche mit 3 Mk. über Minimum entlohnt werden, eine entsprechende Lohnerrhöhung gewähren.“ Unter den Verwaltungsangelegenheiten wurden die persönlichen Reibereien in den einzelnen Druckerorten zur Zufriedenheit der Beteiligten erledigt. Der Vertrag für die Bezirkskasse wurde wie bisher auf 10 Pf. belassen, nachdem ein Antrag des Ortsvereins Celle, der die Ermäßigung des Betrags auf 5 Pf. vorschlug, zurückgezogen war. Der Kassenericht des Bezirkskassierers Ehrhardt konnte als günstig bezeichnet werden, und wurde daher volle Fahrentschädigung gewährt. Hierauf wurde Hannover als nächster Versammlungsort festgesetzt. Nach einem kräftigen Schlussworte des Vorsitzenden wurde die Ver-

sammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. Hierauf vereinigte die Kollegen ein fideles Kommerz. Auch wurde zur allgemeinen Ueberrassung eine Festzeitung verteilt, worin u. a. unser Frä. Franziska als Deutschlands einzigste Maschinenmeisterin „in Tätigkeit“ im Wilde vorgeführt wurde. Leider verließen die fremden Kollegen uns allzu früh, um ihre Reise nach den heimatischen Gefilden anzutreten.

Kulmbach. Am 25. Oktober fand dahier eine außerordentliche Monatsversammlung statt, die mit einer Ausnahme von allen Kollegen besucht war. In der Hauptsache beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Städte unter 20000 Einwohnern. Die Kollegen waren sämtlich der Ansicht, daß die Ausnahmebestimmungen für Kulmbach nicht mehr geltend gemacht werden können, nachdem doch die Wohnungs- und Feuerungsverhältnisse hier genau so klar greifen wie in Großstädten. Ebenso müsse auf die gesundheitschädlichen Verhältnisse hier Rücksicht genommen werden. Nach längerer Auseinandersetzung der Anwesenden wurde der Antrag, um Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Kulmbach nochmals beim Kreisamte einzukommen, einstimmig angenommen mit der Betonung, von einem Lokalzuschlag für Kulmbach abzusehen, jedoch wird die Erwartung ausgesprochen, unsere minimale und gerechte Forderung vom Kreisamte erfüllt zu sehen. — Auf das Unhängel der „Korr.“-Redaktion an unsern letzten Versammlungsbericht müssen wir richtig stellen, daß wir schon wiederholt Eingaben gemacht haben bezüglich Aufhebung der Ausnahmebestimmungen; es kann somit von einer „freiwilligen“ zehnstündigen Arbeitszeit der hiesigen Kollegschaft keine Rede sein.

Is. Leipzig. (Maschinenseherklub.) Als ein Zeichen der Zeit konnte man den äußerst schwachen Besuch der Versammlung vom 4. November betrachten, in der als Hauptpunkt wieder „Der neue Maschinensetzer“ auf der Tagesordnung stand. — Sie mußte vertagt werden. Kollege Gähler war als Gast anwesend. Voraussichtlich findet dieselbe Sonntag den 18. November statt.

Limburg (Bahn). Zweite Stellungnahme zum neuen Tarife, hauptsächlich der für unsere Stadt in Betracht kommenden Punkte, fand am 21. Oktober hier eine von seiten des Ortsvereins einberufene, von sämtlichen am Orte ansässigen Kollegen besuchte Allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in der auch einige Kollegen von Diez erschienen waren. Es war dies wohl die erste derartig stark besuchte Versammlung, und dankte der Vorsitzende des hiesigen Ortsvereins, Kollege Scherer, den Erschienenen für ihr vorzügliches Erscheinen, gleichzeitig den Wunsch antizipierend, daß auch in Zukunft die Kollegen solch reges Interesse an unserm Berufsleben bezeugen möchten. Sodann ergriff Kollege Franke das Wort zu längerem Vortrage über die einzelnen Bestimmungen des neuen Tarifes, welche mit großem Interesse aufgenommen wurden. Neben die einzelnen Punkte hier zu berichten; wird wohl nicht am Plage sein, da dieselben schon bereits genug im „Korr.“ besprochen wurden. Kollege Scherer referierte sodann über die hiesigen örtlichen Verhältnisse, im Besonderen über die Sonderbestimmungen (§§ 31 und 32), und stellte der Versammlung anheim, sich darüber zu äußern, wie man sich eventuell zu diesen Paragrafen stellen würde. In der nun folgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Kollegen für die Abschaffung der Sonderbestimmungen am hiesigen Orte aus, da Limburg bereits 10000 Einwohner zähle und bei diesen Bestimmungen nicht mehr in Betracht kommen könne, schon in bezug auf die fortwährende Steigerung der Lebensmittel und Wohnungsmiete, welche fast den Großstädten gleichkommt. Es wurden sogar Stimmen laut zwecks Antrags eines Lokalzuschlags, aber im Interesse des Friedens im Gewerbe wurde von diesem Antrage abgesehen. Sodann wurde eine Resolution eingereicht, welche ohne jegliche Debatte einstimmig Annahme fand: „Die heute am 21. Oktober in Limburg (Bahn) im Hotelrestaurant „Zur Stadt Wiesbaden“ tagende Allgemeine Buchdrucker-Versammlung erkennt mit Rücksicht auf den Frieden im Gewerbe die von ihren Vertretern getroffenen Abmachungen des neuen Tarifes an mit der Begründung, daß sämtliche Sonderbestimmungen (§§ 31 und 32) für Limburg in Wegfall kommen, indem die Teuerung alle Gehilfen betrifft. Nur unter dieser Bedingung wird die hiesige Gehilfenschaft sich mit den minimalen Werbeforderungen des neuen Tarifes zufrieden geben können, an welcher Forderung sie aber unter allen Umständen festhalten muß. Gleichzeitig spricht sie den Wunsch aus, daß die gesamte Prinzipalität im Hinblick auf den nunmehr von Organisation zu Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag denselben ohne jede Schwierigkeit zur Durchführung gelangen läßt. In dieser Erwartung sehen wir von einem geplanten Lokalzuschlag ab, welcher für die hiesigen Teuerungsverhältnisse berechtigt wäre.“ Gegen 6 Uhr schloß der Vorsitzende die in allen Teilen ruhig und sachlich verlaufene imposante Versammlung mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband, nachdem noch ein Kollege aus Diez Worte der Anerkennung für den Verband als Hüter der Tarifgemeinschaft aussprach und den Ortsverein Limburg für eine demnächst in Diez abzuhaltende Versammlung freundlichst gebeten hatte zwecks Agitation. Der Ortsverein Limburg zählt zurzeit 35 Mitglieder.

Magdeburg. Zu der vor kurzem im „Sachsenhof“ abgehaltenen Versammlung waren etwas über 200 Kollegen erschienen. Eingang der Verhandlungen gab der Vorsitzende die Erklärung ab, das sich die Magdeburger Kollegschaft nicht mit dem Nr. 126 des „Korr.“ gekennzeichneten Anonymus identifiziert. Nach

kurzer Erlebigung des geschäftlichen Teiles wurde unter „Tarifliches“ das Ergebnis der diesmaligen Tarifrevision einer eingehenden Besprechung unterworfen. Das einleitende Referat hatte Kollege Herwig übernommen. Die von der Opposition in den letzten Wochen bekämpften Bestimmungen des neuen Tarifes unterzog er einer genaueren Prüfung, wobei er immer wieder zu dem Schlusse kam, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen dennoch annehmbare Erfolge erzielt haben. Wenn im „Vorwärts“ gesagt sei, daß die Buchdrucker im Jahre 1912 die letzte der Gewerkschaften Deutschlands sei, welche für die Abschaffung des Neunstundentages kämpfen müßte, so wolle er sich im Interesse der Allgemeinheit darüber freuen; wahrscheinlich würde es aber anders aussehen. Der Abschluß von Organisation zu Organisation würde von einem Teile der sozialdemokratischen Partei nur um deswillen bekämpft, weil es eben die Buchdrucker seien; bei anderen Gewerkschaften würde sie im gleichen Falle große Lobeshymnen angestimmt haben. Mit Schuld sei aber hieran, daß es immer noch Kollegen gibt, welche die Partei in ihrem Kampfe gegen die Buchdrucker unterstützen. Nicht eine einzige Gewerkschaft hätte sich die ewigen Bekämpfungen solange gefallen lassen, sondern würde ganz anders vom Leder gezogen haben. Die Einberufung einer Generalversammlung zum Zwecke der Rückgängigmachung des vom Tarifausschusse Beschlossenen hält Redner für überflüssig; wenn es jedoch in der Macht einer solchen liegen könnte, die einzureisenden drohende Zersplitterung der Mitglieder zu verhindern, so dürfte deren Wert gerechtfertigt sein. Das Bemühteste sei es, unsrer Zeitung mehr Vertrauen entgegenzubringen und das, was der Tarif biete, „sich voll und ganz“ zunutze zu machen. Anschließend hieran brachte Kollege Reimert eine für unsern Druckort bis ins kleinste zur jetzigen Tarifeinführung ausgearbeitete Statistik zur Kenntnis, aus der hervorgeht, daß von 515 in Betracht kommenden Gehilfen in Magdeburg 374 ein tarifliches Recht auf Lohnverböschung haben, 141 besitzen dies Recht nicht. Für den einzelnen würde die Zulage im Durchschnitt pro Jahr 143 Mk. betragen, bei den Maschinensehern sogar 179,40 Mk., was insgesamt an Mehrlohn die Summe von 45 000 Mk. pro Jahr beträgt. Nicht berücksichtigt seien dabei die Kollegen, welche jezt mit 3 Mk. über Minimum entlohnt werden. Die nun einsetzende Diskussion bewegte sich mit wenigen Ausnahmen im Sinne des Referenten. Es wurde dabei unsern Vertretern zur Kreisamtsführung mit auf den Weg gegeben, recht energisch für die Erhöhung des hiesigen Lokalzuschlags einzutreten. Außer dem Kollegen Herwig wird noch der von der Versammlung gewählte Kollege Reimert in der Kreisamtsführung für unsern Ort vertreten sein. In seinem Schlussworte streifte Kollege Herwig die Diskussion und forderte sodann die Kollegen auf, mit aller Macht für den hiesigen Konsumverein einzutreten, da dieser eine wichtige Waffe für die Gewerkschaften sei zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile. Folgende aus der Mitte der Versammlung eingereichte Resolution fand gegen vier Stimmen Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit der der „Korr.“-Redaktion von den rechts- und linksstehenden Gegnern unsern neuen Tarifes aufgezweigten Verteidigungsweise einverstanden. Die Versammlung sieht in der jetzigen „Korr.“-Redaktion die berufene Vertreterin der Meinung der Verbandsmittelglieder und erwartet auch ferner von derselben weitere energische Wahrung und Verteidigung des Ansehens unsrer Organisation.“

Mannheim. Die hiesige „Volksstimme“ brachte über die am 3. November hier abgehaltene Außerordentliche Mitglieder-Versammlung einen Bericht, in dem es neben sonstigen Entstellungen u. a. heißt: daß die Versammlung einer Resolution zugestimmt habe des Inhaltes, „daß dem Redakteur Reihäuser ein Mißtrauensvotum und ein Label für seine Schreibweise im „Korr.“ auszusprechen sei“. Wir erklären dies hiermit als unwahr, und kann solches nur in der Absicht geschrieben worden sein, die „Korr.“-Redaktion öffentlich zu diskreditieren und von der Stellung der hiesigen Kollegen zur Redaktion ihres Gewerkschaftsorgans ein falsches Bild zu entwerfen. Es wurde in der betreffenden Versammlung eine Resolution angenommen, die dem Proteste Ausdruck gibt dagegen, daß der „Korr.“ geschrieben, die Stellungnahme der Mannheimer Tarifversammlung wäre auf den vom Kollegen Maier an die niedersten Instanzen gerichteten Appell zurückzuführen. Es sei dies nicht zutreffend, da die betreffenden Kollegen auch ohne Maier die gleiche Stellung angenommen, also sich von ihm in keiner Weise beeinflussen ließen. Die allgemeine Haltung und Schreibweise des „Korr.“ kam bei der betreffenden Resolution überhaupt nicht in Betracht. Bezüglich der übrigen Unrichtigkeiten des Artikels der „Volksstimme“ werden wir an geeigneter Stelle zurückkommen.

Der Vorstand des Bezirksvereins Mannheim. **U. Marburg.** Am 14. Oktober erstattete unser Gehilfenvertreter Dominik im Restaurant Jesberg Bericht über die abgehaltenen Tarifverhandlungen. Nachdem er sein Referat beendet und noch einige Fragen aus der Versammlung heraus beantwortet, mußte er leider aus geschäftlichen Gründen die Heimreise antreten, ohne der Diskussion, was sehr erwünscht gewesen wäre, beizuwohnen zu können. Es entspann sich nun über den neuen Tarif eine äußerst lebhaft Debatte. Diese hatte dann zur Folge, daß man an diesem Tage zu keinem endgültigen Resultate gelangte und man die Versammlung auf den 20. Oktober vertagte. Auch hier kam es zu einer nochmaligen starken Auseinandersetzung. Daß der neue Tarif den wenigsten Kollegen entspreche, wurde allseitig anerkannt. Schatz getadelt wurde unter anderm das Berechnen an der Segmaschine, die Einführung der Kontrollformulare,

die Verkürzung der Arbeitszeit um nur eine halbe Stunde pro Woche, ferner, daß die Gehilfen mit über 3 Mark über Minimum von dieser 10prozentigen Lohnverböschung ausgeschlossen seien. Unser Vorsitzender Weber ermahnte die Kollegen, den neuen Tarif doch anzunehmen, auch wenn er nicht in vollem Umfange der Forderung der Gehilfenschaft entspreche. Hierauf gelangte nachfolgender Antrag des Kollegen Knopf zur namentlichen Abstimmung: „Die heutige Versammlung kann sich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen in verschiedenen Punkten durchaus nicht einverstanden erklären, wie z. B. der Kontrollformulare, des Berechnens an der Segmaschine, der Verkürzung der Arbeitszeit um nur eine halbe Stunde. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß der Marburger Sozialzuschlag eine Verbesserung erfährt, und daß die Prinzipale auch den mit über 3 Mk. über Minimum Entlohten die 10prozentige Erhöhung zuteil werden lassen. Die Maschinenseher protestieren gegen die Einführung des Berechnens an der Segmaschine und bezeichnen dasselbe als einen Rückschritt, der geeignet ist, die Handseher schwer zu schädigen.“ Dieser Antrag wurde mit 22 gegen 13 Stimmen angenommen und somit der neue Tarif akzeptiert. Mit dem dringenden Appelle an die Kollegen, die Vorteile des neuen Tarifes auch voll und ganz auszunutzen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Münchinger. Der hiesige Ortsverein hielt am 27. Oktober seine Monatsversammlung ab und beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem neuen Tarife. Aus den Ausführungen der verschiedenen Redner ist der Schluß zu ziehen, daß sich die hiesige Mitgliedschaft mit dem Geschaffenen einverstanden erklärt. Wenn auch das Resultat der Verhandlungen kein günstiges zu nennen ist, so will auch die hiesige Mitgliedschaft durch Werbung neuer Mitglieder unsrer Organisation in den Stand setzen, bei der nächsten Tarifverhandlung mehr zu erreichen. Auch an dieser Stelle sei hiermit unsern Vertretern der Dank ausgesprochen.

br. München. (Maschinenseherklub.) Auch in der am 4. November abgehaltenen Versammlung spielte die Tarifrevision die Hauptrolle. Insbesondere aber beschäftigte man sich mit dem Vorgehen der Berliner Spezialkollegen, die, wie es scheint, sowohl auf eine Sprengung der Tarifgemeinschaft als auch auf eine Schädigung des Verbandes hinarbeiten wollen. Die Versammlung war sich darin einig, daß derartige Machinationen unter allen Umständen zu verurteilen seien. Mägen man mit dem neuen Tarife auch unzufrieden sein (Grund hierzu ist ja genügend vorhanden), aber über der Spezialorganisation stehe der Verband. Die Versammlung gab dem Willen Ausdruck, daß die Münchener Maschinenseher solchen Zersplitterungsversuchen, wie sie von einigen überabakalen Kollegen beliebt werden, keine Folge leisten werden und sich unter keinen Umständen vom Verbands trennen würden. Als einer Versuch nach vorbezeichnetem Richtung hin wurde der Punkt 4 der Tagesordnung der Versammlung des Brandenburgischen Maschinensehervereins betrachtet, der die Aufstellung von Mandataten zur Neuwahl der Zentralkommission vorsieht. Die Versammlung stand auf dem Standpunkte, daß unter allen Umständen die Spartenvereinigungen vorher von dem Rücktritt der Zentralkommission hätten verständigt werden müssen, um ihnen Gelegenheit zu geben, etwaige Wünsche und Anregungen zum Ausdruck bringen zu können. Wenn auch dem Brandenburgischen Maschinensehervereine laut Geschäftsordnung die Wahl der Mitglieder der Zentralkommission zustehe, so involviere dieses Zugeständnis noch lange nicht das Recht, über die Köpfe der übrigen Vereinigungen hinweg einfach zu dekretieren. Der von Vorsitzenden schon vorher schriftlich nach Berlin übersandte Protest wurde von der Versammlung einstimmig genehmigt und dem Brandenburgischen Maschinensehervereine dieses Resultat telegraphisch übermittelt. Des fernern wurde vom Ausschusse ein Flugblatt in Vorlage gebracht, das die derzeitige tarifliche Lage eingehend schildert und die Folgen darlegt, die bei einem Gelingen der von einigen Kollegen injenierten Quartvereinen eintreten würden. Die Versammlung genehmigte nach eingehender Debatte dieses Flugblatt und beauftragte den Vorstand, dasselbe an sämtliche Vereinigungen zu versenden mit dem Wunsche, dieselben möchten sich der nachfolgenden, von der Versammlung einstimmig votierten Resolution anschließen. Die Resolution lautet: „Der Maschinenseherklub München bedauert die persönlichen Beunruhigungen der Experten, würdigt auch die Gründe, die sie zur Niederlegung ihrer Ämter veranlaßt, ersucht aber die Zentralkommission in Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich derzeit die Spezialorganisation befindet, und da ferner in Anbetracht der gegenwärtigen Haltung der Berliner Spartenkollegen andere Kollegen, die eine Politik der Beruhigung und Verständigung in die Wege zu leiten gefunden sind, nicht in Frage kommen können, von der Durchführung ihrer Absicht abzusehen und weiter auf ihrem Posten auszuharren.“ Nach Erlebigung einiger interner Angelegenheit wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Münster i. W. Die letzte Monatsversammlung beauftragte den Vorstand, dem „Korr.“ mitzuteilen, daß sie die Angriffe des „Kollegen“ Fischer im „Vorwärts“ auf den Kollegen Reihäuser ganz entschieden verurteilt. Die Versammlung spricht Reihäuser sowie der „Korr.“-Redaktion überhaupt ihre Sympathie sowie vollstes Vertrauen aus.

Münster. Am 28. Oktober fand hier selbst im Restaurant „Zum Mühlenthor“ eine außerordentliche Versammlung statt, welche von etwa 30 hier am Orte befindlichen Kollegen sowie drei Kollegen aus Bordesbolen

und einem Kollegen aus Hamerau besucht war. Auf ein an ihn ergangenes Ersuchen, in der hiesigen Mitgliedschaft ein Referat über die Verhandlungen des jüngsten Tarifauschusses zu halten, hatte der Gehilfenvertreter Demuth-Hamburg freundlichst zugefagt. In reichlich zweifelhafte Ausführungen erläuterte derselbe die einzelnen Paragraphen des neuen Tarifes sowie des Vertrags. Nach Beendigung des Vortrags erklärte die Versammlung sich mit dem Ertrugenen zufrieden, obgleich der neue Tarif den Teuerungszustand auch hier nicht völlig entspricht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 28. Oktober tagende, zahlreich besuchte Versammlung des Ortsvereins Neumünster erklärt sich nach Entgegennahme des Berichtes über die Verhandlungen des Tarifauschusses seitens ihres Gehilfenvertreter Demuth-Hamburg mit dem neuen Tarife einverstanden und hält auch den neu geschaffenen Organisationsvertrag im Interesse des Gewerbes liegend. Die Versammlung behauert es, daß es nicht gelungen ist, angesichts der stattgehabten und noch anhaltenden Teuerung und darauf, daß doch der neue Tarif eine fünfjährige Dauer hat, eine 15prozentige Lohnerhöhung zu erringen. Die Versammelten erwarten, daß auch den über 3 Mk. über Minimum Entlohnerten eine Erhöhung gewährt wird und versprechen, am 1. Januar ihre ganze Kraft einzusetzen, den neuen Tarif hier voll zur Durchführung zu bringen. Die Versammlung spricht ihren Vertretern im Tarifauschusse für ihre mühevollen Arbeit Dank und Anerkennung aus.“ — In der letzten Monatsversammlung wurde u. a. beschlossen, beim Kreisamte zu beantragen, den hiesigen Lokalausschlag von 5 auf 10 Proz. zu erhöhen. Durch Entscheidung von Delegierten zu der am 18. November in Hamburg stattfindenden Kreisamtsitzung, welcher die gestellte Forderung nach Kräften vertreten soll, hofft man zu dem gesteckten Ziele zu gelangen und dadurch einen einigermaßen den Teuerungszustand entsprechenden Ausgleich zu finden.

Neustrelitz. In Neubrandenburg, dem Schmerzenskinder unsers Bezirks in tariflicher Hinsicht, fand am 28. Oktober die Bezirksversammlung der Orte Neustrelitz, Neubrandenburg, Waren, Malchin, Friedland, Stavenhagen, Wolbeg, Stargard statt. Zu der auf vormittag 11 Uhr anberaumten Allgemeinen Versammlung waren auch die Prinzipale und Nichtmitglieder eingeladen worden. Von den ersteren erschien nur einer, während ein zweiter sich entschuldigend ließ. Nichtmitglieder waren drei anwesend, die sich nach Schluß der Versammlung sämtlich dem Verbands angeschlossen. Gauvorsteher Schlotter referierte über „Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker und ihre Ausbreitung in Mecklenburg“. Es wurde dem Redner am Schluß seiner interessanten Ausführungen der Dank der Anwesenden ausgesprochen. Hierauf entspann sich eine längere Debatte über die Schmutzkonkurrenz, die einzelne Firmen treiben. — Am Nachmittag fand, eine geschlossene Mitgliederversammlung statt, die sich vor allem auch mit dem neuen Tarife beschäftigte. Kollege Schlotter erstattete über denselben Bericht und suchte in längerer Ausführungen die Vorzüge desselben festzulegen. Die nachfolgende Diskussion konnte wegen der vorgezeichneten Zeit leider nur eine sehr kurze sein und gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute (28. Oktober) in Neubrandenburg tagende Bezirksversammlung verurteilt als das entschiedenste die Annahmen des Tarifauschusses als zu minimal für die Gehilfenschaft, erklärt sich aber trotzdem in Anbetracht des aufrecht zu erhaltenden Friedens im Gewerbe mit der Erneuerung des Tarifes und dem abgeschlossenen Vertrage einverstanden.“

r. Rügenberg. (Maschinenfegerversammlung vom 4. November.) Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben des Kollegen Quick vom 8. Oktober auf die Frage, wie es mit den 7½ Proz. stehe, die im Jahre 1901 vom Tarifauschusse auch den Maschinenseger zur Bewertung ihrer Leistungen zugebilligt wurden. Die Antwort befriedigte nicht. Sodann referierte Kollege Fiedler über die Situation und brachte die eingelaufenen Protestresolutionen zur Verlesung. Die Versammlung war damit einverstanden, daß lediglich die Resolution des Brandenburgischen Maschinenfegervereins zur Grundlage der Beratungen genommen werden soll. Referent bemerkte, es sei das gute Recht der Maschinenfeger, daß sie mit den Bestimmungen über das Berechnen an Schmaschinen im neuen Tarife nicht einverstanden seien, und daß sie in schärfster Weise Stellung dagegen nehmen und dies in Protesten zum Ausdruck bringen. Dabei dürfe aber das Maß des Zulässigen nicht überschritten werden, insbesondere hätten die Spezialorganisationen kein Recht, über Annahme oder Ablehnung des Tarifes zu entscheiden. Wobin solle es führen, wenn heute die Mitgliedschaft als Ganzes dem Tarife ihre Zustimmung erteilt und morgen treten die vier Spezialorganisationen in die Arena, verwerfen denselben und stoßen so gewissermaßen den Beschluß der Mitgliedschaft wieder um? Redner beantragte, der Protestresolution des Brandenburgischen Maschinenfegervereins zuzustimmen, dem Schlußsage aber: „... und beschließt, demselben (dem Tarife) ihre Zustimmung zu verweigern“, abzulehnen, da wir die Verantwortung, die aus einer Zertrümmerung der Tarifgemeinschaft für uns entstehe, nicht auf uns nehmen könnten. Im gleichen Sinne äußerten sich die anderen Redner und wurde schließlich dem Antrage des Referenten gemäß beschlossen. Aus der Diskussion seien noch einige Ausführungen des Referenten hervorgehoben: Dem materiellen Teile der Resolution des Brandenburgischen Maschinenfegervereins können wir unsere Zustimmung erteilen, ausschließlich müssen wir uns aber gegen die Hege aussprechen, die gegen die Zentralkommission in Szene

gesetzt wurde. Die Gründung eines Aktionsausschusses sei doch nichts anderes als eine Nebenregierung, eine Unfähigkeitserklärung gegen die Zentralkommission. Tief bedauerlich sei, daß auch Kollege W. im Vordergrund der Opposition gegen die Zentralkommission stehe; fast scheint es so, als ob er sein verloren gegangenes Prestige wieder gewinnen wolle. W. weiß von seiner Tätigkeit als Mitglied des Zentralvorstandes aus, wie der Dank vom Hause Gabsburg beschaffen ist, und heute sehen wir, daß W. an der Spitze derselben Quartierereien steht, die ihm vor der Dresdener Generalversammlung so übel mitgespielt haben. In dem Berichte des Brandenburgischen Maschinenfegervereins an die Brudervereine seien die Referate der Kollegen Quick und Glaser, unserer Experten im Tarifauschusse, mit ganzen zwei Zeilen bedacht, die Entgegnungen der Kollegen Popf und Musial dagegen mit 131 Zeilen; ein derartiges in den Vordergrundstellen des eigenen Ich sei ebenso auffallend als anrüchig. Gätten sich unsere Experten zurückgezogen, als die Grundlagen für das Berechnen geschaffen wurden, dann hätte wahrscheinlich der Tarifauschusse trotzdem einen Tarif für Schmaschinen geschaffen und wahrscheinlich einen noch schlechteren. Dann aber wären wohl dieselben „Kollegen“ gekommen und hätten gesagt: Die Experten durften sich um keinen Preis zurückziehen, es war ihnen einmal die Vertretung unserer Interessen anvertraut und sie mußten aushalten, schon um Verschleuderungen im Tarife möglichst hintanzuhalten. Was werde denn eigentlich erreicht, wenn die Opposition gegen den Tarif durchbringe? Die Zertrümmerung der Tarifgemeinschaft! Dann wären aber auch die Prinzipale an nichts mehr gebunden. Zweifelloso sei aber der geschaffene Tarif besser als die gewerbliche Anarchie. (Oder sollte ein bisheriger Lokalorganisation in Berlin gefällig sein?) Die Versammlung sprach mit diesen Ausführungen ihr Einverständnis aus und lehnte es ab, an der moralischen Steigerung der Experten sowie der Gehilfenvertreter teilzunehmen. — Die Mündhener Kollegen haben zu der am 4. November abgehaltenen Versammlung des Brandenburgischen Maschinenfegervereins einen Protest eingereicht gegen die Art der Insignierung der Neuwahl der Zentralkommission, welcher die Weiterantierung gründlich verurteilt wurde. Diesem Proteste schloß sich auch der Vertrauensmann des Maschinenfegerklub Münderberg telegraphisch an.

Schwab.-Gall. Die Notiz in voriger Nummer, die Kollegen Neuhäuser und Kobold betr., ist inzwischen gegenstandslos geworden, da die geforderten Beiträge eingegangen sind.

Würzburg. Wieder hat der Tod eine empfindliche Lücke in unsere Reihen gerissen. Am 7. November verschied nach dreiwöchiger Krankheit der Senior der hiesigen Mitgliedschaft, der Buchdruckermeister Hans Heber. Er gehörte zu den letzten Lebenden der schon im Jahre 1863 die Mitgliedschaft Würzburg gegründet und diese dann dem „Mittelrheinischen Buchdruckerverein“ (Sty Mainz) zugeführt, und zu den wenigen noch Lebenden, die seinerzeit bei der Gründung des Verbandes in den ersten Reihen (er war 1866 mit Welgenbach zu der konstituierenden Versammlung in Leipzig delegiert) gestanden. Und der Fahne, zu welcher er gekommen, ist er als Gehilfe, als Faktor und später als Prinzipal jederzeit treu geblieben. In den früheren Jahren ein eifriges Mitglied, auch wiederholt Vereinsfunktionär, zog er sich jedoch in den letzten Jahren vollständig zurück. Sein Verdienst um den Verband wurde bei Gelegenheit seines 50jährigen Berufs- und 40jährigen Verbandsjubiläums im Jahre 1903 in selten glänzender Weise gefeiert. Als Prinzipal war er ein lokaler Mann im besten Sinne des Wortes, und so verdiente er denn auch die allseitige Wertschätzung, die ihm wurde, im vollsten Maße. Möge ihm nach seinem arbeitsreichen Leben die ewige Ruhe beschieden sein!

Zwidau. In Nr. 128 des „Korr.“ befindet sich im Beiratsrat, „Einen Blick in den Zukunftstaat“ ein Hinweis auf einen Brief, welcher Mißstände in dem Zwidauer Parteigehicht enthält. Hierzu ist folgendes zu bemerken: „Das Personal der Zwidauer Parteidruckerei erklärt, daß innerhalb der letzten zehn Jahre irgend welche Differenzen mit der Geschäftsleitung nicht bestanden haben. Die vor etwa elf Jahren einmal bestehenden Differenzen sind damals durch beiderseitiges Uebereinkommen erledigt worden, weshalb eine öffentliche Ausstragung der Angelegenheit schon seinerzeit überflüssig war. Das Personal des „Sächsischen Volksblattes“ scheint überhaupt nicht zu wissen, was es erklärt vor lauter Bedürfnis, so schnell und so weit wie möglich von mir abzurücken. Ich kenne ja die Zwidauer „Verhältnisse“, so daß mich dieses Bestreben und auch vorstehende Erklärung nicht überrascht. Sie hat nur den einen Fehler, daß das darin Behauptete nicht zutrifft. Soweit Tatsachen in Betracht kommen, will ich nur konstatieren, daß vor neun (nicht vor elf) Jahren die Verhältnisse in dieser Druckerei derartige waren, daß das Gesamtpersonal vor dem Ausstehen sich befand. Die mir damals schriftlich gemachten Mitteilungen waren derartige, daß ich es für zweckmäßig hielt, in Rücksicht auf das Ansehen des genannten Blattes von einer Veröffentlichung Abstand zu nehmen. Lediglich den Chemnitzer Gauvorstand ließ ich davon Kenntnis nehmen, einzelnen Gehilfen der betreffenden Druckerei habe ich aber meine Meinung auf dem Jubiläumsfeste in Richtenstein-Gallenberg (1897) persönlich gesagt. Meine Bemerkung in dem betreffenden Artikel war doch eine völlig neben-sächlich, so daß man mit vorstehender Erklärung nicht fehlgeht, daß sie bestimmten Zwecken dienen soll. Was ich behauptet hatte, ist wahr; daran ändert auch die Tatsache nichts, daß das Personal schreibt, innerhalb der letzten zehn Jahre seien irgendwelche Differenzen nicht

vorgekommen, und dieser peremptorischen Versicherung hinzuzufügen, daß „vor etwa elf Jahren“ doch solche Differenzen vorhanden waren. Freilich, „vor etwa elf Jahren“, war ich noch nicht Redakteur; deshalb war es notwendig, bestimmt zu sagen, in den letzten zehn Jahren ist dergleichen nicht vorgekommen. L. Rezhäuser.)

Rundschau.

Zur gef. Beachtung! Mit jeder der sechs täglichen Postgänge ergießt sich jetzt in unsre Redaktion ein wahrer Strom von Korrespondenzen und Artikeln, was in einer so bewegten Zeit ja nicht zu verwundern und auch für die Anteilnahme der Mitglieder an den unser Organisationsleben so tief aufrührenden Fragen kein schlechtes Zeugnis ist. Daß die Meinungsfreiheit in dem Verbandsorgane der deutschen Buchdrucker im weitesten Maße garantiert ist und der „Korr.“ hierin manchem Parteiblatt als Vorbild dienen kann, wissen die objektiv denkenden und urteilenden Kollegen zu Genüge. Absolut unmöglich ist es jedoch, die recht häufig geäußerten Wünsche zu erfüllen, einen Artikel oder eine Korrespondenz — gewöhnlich obendrein von respektabler Länge — in die nächste, spätestens aber übernächste Nummer aufzunehmen; zu den Kreisamtsitzungen sind in letzter Stunde auch noch eine Reihe von Artikeln eingegangen. Wenn aber die Einsender die Berge von Manuskripten sehen würden, die sich höher und höher in der Redaktion aufstürmen, würden sie nicht die „sofortige“, „umgehende“ oder „in einer der nächsten Nummern“ zu erfolgender Aufnahme verlangen. Man gedulde sich also oder schreibe beiseiten, keinesfalls können wir den jetzigen großen Umfang des „Korr.“ noch erweitern.

Den Tarifabmachungen zugestimmt hat am 9. November nunmehr auch Stuttgart. In einer von über 1000 Mitgliedern besuchten Versammlung wurde der neue Tarif samt dem Organisationsvertrage gegen nur vier Stimmen angenommen.

Einer Legendenbildung entgegenzutreten sehen wir uns, obwohl eigentlich schon geschehen, aus einem konkreten Anlasse in bestimmter-Form veranlaßt. In der Berliner Gewerkschaftskommission diskutierte man am 8. November eingehend über den neuen Tarif und den Organisationsvertrag. Inseits traten die Kollegen Döblin und Massini als Verfechter der neuen Tarifveränderungen auf; die in ihnen sowie in dem Gewerkschaftssekretär Kösteren entschiedene Verteidiger fandest. Fast am Schluß des längeren Berichtes finden wir folgende Stelle: „Krebs will wissen, ob es wahr ist, daß bei den Tarifverhandlungen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit auch der Grund maßgebend gewesen sei, daß die vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichen würden, wenn die Arbeitszeit verkürzt würde. Das würde ein sehr rückständiger Standpunkt sein.“ Massini bemerkte im Schlusssatz, dies Argument habe bei den Verhandlungen keine Rolle gespielt. Von seiner Seite sei das vorgebracht worden. (Zuruf: Aber es stand doch im „Korrespondent“.) Was der Redakteur schreibt, dafür sind wir nicht verantwortlich. Unsinn wird alle Tage geschrieben.“ Wir können und wollen natürlich nicht behaupten, daß Massinis Bemerkung so lautete, oder — wie bei den augenblicklichen Tarifdebatten häufig von den Berichterstattern der Parteipresse geschehen — eine völlige Entstellung der Massinischen Worte vorliegt. Denn wir trauen selbst dem Kollegen Massini mit seiner urwüchsigen Redeweise im Ernste nicht zu, daß er die Handlungen von Verbandsfunktionären in sehr verantwortungsvoller Stellung so einschätzt, wie er es sich ganz energisch verbitten würde. Damit aber mit dieser Verurteilung nicht weiter treiben gegangen wird, sei abemals darauf aufmerksam gemacht, daß es grundsätzlich ist, der Redaktion jenes Argument gegen die Arbeitszeitverkürzung in den Mund zu legen. In Nr. 118 ist auf der dritten Spalte der zweiten Seite vorausgehend berichtet worden, womit die Gehilfenvertreter die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung betonten, und dann ist anschließend das wiedergegeben, was die Prinzipale an Argumenten gegen diese Forderung vorbrachten, worunter auch die von dem Delegierten Krebs gemeinte Aeußerung zählte. Das ist in klarem und verständlichen Deutsch an bestimmter Stelle in Nr. 118 des „Korr.“ zu lesen.

Die Wahrheitsliebe des „Typograph“ wird durch folgende Berichtigung, welche das ehrenwerte Organ der sehr ehrenwerten Gutenbergsblinder von dem Vorliegenden des Tarifamtes, Herrn Kommerzienrat Wippenstein, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes aufnehmen mußte, dokumentarisch festgelegt: „Die mir in der Nr. 44 des „Typograph“ vom 2. November 1906 auf der vierten Seite des Hauptblattes unter der Spitzmarke „Schmutz-sinken!“ in den Mund gelegte angebliche, mit Bezug auf Herrn Rezhäuser getane Aeußerung, schmuddriger Gassen-jungentum“ habe ich weder in dieser noch in ähnlicher Form getan.“ Wir haben es immer als einen Umstand von glänzender Nützlichkeit für uns gehalten, daß der von Stommel nominell redigierte „Typograph“ auf den Hoffschäfer heruntergekommen ist. Von diesem Hoffschäfer stammt auch jene Notiz, welcher obige Berichtigung gilt. S. Spielte

darin nicht nur Herrn Kommerzienrat Wigenstein gegen
Verhauer und die Redaktion des „Korr.“ im ganzen
aus, sondern bedachte sonderlich Kraft darin mit einer
flut unfähiger Schimpfnote, dem natürlich das Gebelster
eines solchen Menschen nicht einmal die Schutzhülle berührt.
Nun muß sich der „Typograph“ durch diese Verächtung nicht
nur fügen lassen, daß er seine Leser in faneblicher Weise
beschwindelte, er hat auch noch mehr erreicht, nämlich den
als Führer bei den Tarifverhandlungen anwesenden
Bundesverwalter Janzon in eine böse Klemme gebracht.
War die Janzon zugeteilte Rolle nichts weniger als be-
neidenswert, so macht sie ihm ein Hofstück nachdem noch
unerrücklich. Das kann uns ja fast dauern!

Es ist erreicht — der Anschluß des Gutenbergbundes
an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.
Im Laufe des Oktober hat der Vorstand der christlichen
Gewerkschaftszentrale das vor Jahren von ihm sehr zu-
treffend als Streikbrecherbund charakterisierte Organisa-
tion der Buchdruckerfraktion einstimmig aufgenom-
men. Der christliche Bruderschatz für den Guten-
bergbund kommt uns weder überraschend, noch stimmt er
uns etwa traurig. Seitdem in den Wiesbartschen Blättern,
vornehmlich in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, die
rührseligen, aber bewußt falschen Artikel über die
entschwundene Neutralität des Verbandes erschienen,
wußten wir ganz genau, was die Glocke geschlagen hatte:
daß nämlich die christlichen Führer zu einer aggressiven
Politik gegen unsern Verband übergegangen sind. Wie
sie das bei so gewiegten Schachspielern versteht, wissen
sie die Unkundigen und Denkschwachen — die stärksten
Säulen des christlichen Gewerkschaftswesens — gründlich
über die eigentliche Sachlage zu täuschen, indem sie
anderen ihre eignen Sünden und Inkonsequenzen unter-
schieben. Es ist im „Korr.“ ja schon so häufig der Nach-
weis darüber angetreten worden, wie wenig die christ-
lichen Gewerkschaften mit dem Begriffe Neutralität ge-
mein haben, daß mehr darüber sich wohl eribrigt. Wenn
es aber noch eines Nachweises bedurft hätte, wohin die
Sacht gehen soll, so hat ihn anfangs Oktober eine Ver-
sammlung in Offenbach a. M. geliefert, in der Wiesbarts
referierte. In seinen Blättern schreibt oder läßt dieser
wohl als der hervorragenden Führer bei den Christlichen
angesehene Mann peremptorisch erklären, unser Verband
ist absolut nicht neutral, durch die vom „Korr.“ des-
serten mit Organen der sozialdemokratischen Partei
geführten (durch Angriffe auf den Verband oder den „Korr.“
natürlich aufgewungenen) Kontroversen solle sich nie-
mand täuschen lassen usw. In seinen Versammlungs-
reden benutzte Wiesbarts den „Korr.“ aber doch sehr
gern in der Weise, daß er unbesugt uns gegen die Partei
ausspielt. In dieser Offenbacher Versammlung nun sprach
der dortige christliche Gewerkschaftssekretär das aus, was
Herr Wiesbarts diplomatisch verschwiegen. Dieser sein Ab-
latz — nämlich an: daß der Verbandsrat und
der Buchdruckerverband diejenigen freien Gewerkschaften
sind, welche von den Christlichen mit Zerplitterungsver-
suchen etwas nachhaltiger beglückt werden sollen. Für
jene Versammlung hatte man bezüglich unserer Organi-
sation einen funkelneugemeinen Beweggrund: Weil der Ver-
band nach dem Mannheimer Parteitag sich nicht von
der Generalkommission losgesagt hat! Da bei den Christ-
lichen Gründe für ihr Tun noch billiger wie Brombeeren
sind, so legen wir gar keinen Wert mehr darauf, welches
Motto zufällig an der Reize ist. Die Tatsache genügt:
man will uns beglücken. Da man doch so geschickt ist,
auf diese Mission nur die niedrigst gestimmten Hoff-
nungen zu setzen, so muß auf einem andern Wege ver-
sucht werden, zum Ziele zu gelangen. Und diese wacke-
lige Brücke bildet der Gutenbergbund. Obwohl also die
Herren Wiesbarts und Genossen in Wirklichkeit schon
längst unsern Verbände alles „Gute“ wünschen, suchen
sie jetzt nach denjenigen, die nicht alle werden, um ihnen
vorzumachen, daß der seit einem halben Jahre schwebende
Organisationsvertrag zu dem neuen Buchdruckerartikel der
bestimmende Anlaß gewesen sei, dem so artig bettelnden
Gutenbergbunde die Türe zu öffnen. Bei den christlichen
Führern spielt alles seit einem halben Jahre! Seit einem
halben Jahre soll der böse Rumpfschauer des „Korr.“ die
christlichen Gewerkschaften in der schandbarsten Weise
herunterreißen, obwohl in dem ganzen letzten Jahre
nicht nur in der „Rumpfschau“, sondern auch in Zeit-
artikeln, in der Gewerkschaftsübersicht, in diversen von
gut katholischen Verbandsmitgliedern geschriebenen Ar-
tikeln den christlichen Gewerkschaften nur das Aller-
niedrigste gesagt worden ist über ihre auf unsre Organi-
sation gerichteten bewußt unwarigen Angriffe. Seit
einem halben Jahre soll nun auch der Anschluß des
Gutenbergbundes bei der christlichen Gewerkschaftsleitung
auf der Tagesordnung stehen, aber man wollte erst ab-
warten, wie der Organisationsvertrag ausfallen wird.
Mit der Vorbehaltung dieses Bedenkens geht die Zentral-
leitung der christlichen Gewerkschaften doch nur ein, daß
es ihr bisher an einem einigermaßen stichhaltigen Grunde
für die Aufnahme des Gutenbergbundes gefehlt hat. Seit
Jahren wurde in den Reihen dieser Ausorganisation der
Gedanke des Anschlusses erwogen; spätestens im Juli
vorigen Jahres verdiskutierte sich dieses Sinnen und
Erachten zu einem direkten Antrage, und anfangs dieses
Jahres schon konnte der „Typograph“ einen Freuden-
schreier nicht unterdrücken über die endliche Erhellung
seines heißen Wiltens. Es war aber verfrüht; der „Typ.“
mußte sich nicht nur fügen lassen, daß diese Behauptung
unzutreffend wäre, sondern ein gut unterrichtetes christ-
liches Organ ließ auch bei diesem Dementi durchblicken,
daß wenig Neigung bestände, den Bund aufzunehmen.
Und so war es auch. Wir sind sehr gut orientiert, mit
welchen unendlichen Schwierigkeiten die Bundesleitung zu

kämpfen hatte, und daß die Wahrscheinlichkeit der Ab-
weisung näher lag als alles andre. Die Zentralleitung
der Christlichen, die einst in der gleichen „ungemein
schmutzigen Kampfesweise“ gegen den Gutenbergbund los-
zog, die sie uns jetzt in ihrem Organe dem Bunde gegen-
über zum Vornurste macht, die weiter mit dem Guten-
bergbunde gar auch prozessierte und wegen der ihm vor-
geworfenen Streikbrechereien nur aus formalen
Gründen — der Wahrheitsbeweis war mithin erbracht!
— hereinflieg, war sich eben vollständig darüber klar,
daß es dem Ansehen einer rund 100000 Mitglieder
zählenden Gewerkschaftsleitung denn doch wohl nicht zu-
träglich ist, wenn man eine so kleine und so überbeleh-
mte Gruppe von Arbeitern eines auf hoher organisato-
rischer Stufe stehenden Berufes nun als Waffenbrüder
in die eignen Reihen, aus denen so häufig Schüsse gegen
den Gutenbergbund fielen, aufnehmen würde. Der An-
schluß des Bundes war also für die christliche Zentral-
leitung eine harte Nuß. Da kam der Organisationsver-
trag, und nun war klar Feld geschaffen und alle Skrupel
beseitigt! Jetzt glaubte man auf beiden Seiten ein Objekt
zu haben, mit dem der Welt das bestmögliche Beispiel
einer großen Blamage verheimlicht werden könnte. Denn
eine Selbsthöhefingung sondergleichen ist der perfekte An-
schluß sowohl für die christlichen Gewerkschaften wie für
den Gutenbergbund. Einen praktischen Gewinn hat der
Bund von seiner Aufnahme nicht, und noch weniger wird
für die Christlichen dabei ein Gewinn herausspringen.
Das Gegenteil liegt viel näher. Der „etwa 3000
Mitglieder“ zählende — man rundet 2725 immer auf
3000 ab — Gutenbergbund (gleich 4,69 Proz. aller deut-
schen Buchdruckergehilfen) ist also nunmehr eine „christ-
liche“ Gewerkschaft! Der 81,03 Proz. umfassende Ver-
band hegt nur die Hoffnung, daß er sich nicht den von
Herrn Wiesbarts in jener Offenbacher Versammlung ver-
tretenen Grundsatz zu eigen macht: Die ideale Seite —
die Religion — muß dem Arbeiter höher stehen als event-
uell erringende soziale Vorteile! Denn die Gewerkschafts-
bewegung vertritt den gegenteiligen Standpunkt, muß
ihn vertreten, denn sonst würde ja die Arbeitswilligkeit
mit der Religion gedeckt werden können. Wir aber haben
von dem Christentume eine höhere Meinung und halten
deshalb Streikbrecherei und Rowdytum à la Köln für
eine Beschimpfung aller christlichen wie aller moralischen
Begriffe.

„Und willst du nicht mein Bruder sein, so
schlag ich dir den Schädel ein“, lauteten die Worte
des jetzt das Trauerpiel „Kabale und Liebe“ in der
kaufmännischen Reichskanzlers Bülow, mit denen er im
Reichstage den so viel berufenen Terroris-
mus der freien Gewerkschaftler und Sozialdemokraten
gegen die armen verfolgten Arbeiter, so nicht in Reich
und Glied mit der Gesamtheit marschieren, illustrieren
wollte. Bis zum Scherz wurde dann in der christ-
lichen Gewerkschaftspresse dieser Bülowische Weisheits-
spruch frustifiziert, wiewohl man sehr wohl wußte, daß in puncto
Toleranz gegen andere die Christlichen keineswegs nach
dem Bibelsprüche handelten: Liebet euch unter einander.
Wo sie die Mehrheit hatten, ging es vielmehr oft nach
jener Rezept Bülow's. Wir haben bei solchen Gelegen-
heiten — unter ständiger Verurteilung aller gegen die
gute Sitte und die normalen Begriffe von Bildung ver-
stoßenden Vorkommnisse — betont, die Arbeiter sollten
mit solchen Vorkommnissen einander versehen, dafür aber
dahin streben, daß Ständisagen in Versammlungen unter-
bleiben. Die christlichen Gewerkschaften bzw. deren Presse
hielten aber nicht ein, bei jeder Gelegenheit den „Terroris-
mus“ der freien Gewerkschaften in den schlimmsten Farben
zu malen. Leider ging von diesen häufig auf das ärgste
entstellten Vorgängen manches in die Tagespresse über,
von der ein Teil ja auch immer auf der Lauer liegt, den
freien Gewerkschaften eins auszuwichen, wobei dann
diese mit der sozialdemokratischen Partei oder ungetreut
stets in eine Pfanne gehauen werden. Auch von einer
allgemeinen Buchdruckerversammlung am 21. Mai in
Worms, in der Schreiber dieses referierte, wurde in der
christlichen Gewerkschafts- wie der denselben besonders
nahestehenden Tagespresse ein Bild entworfen, wie es
der Wahrheit und den Tatsachen nicht schimmer ins
Gesicht schlagen konnte. In Wirklichkeit war nämlich der
jetzt zum Redakteur der christlichen „Graphischen Stimmen“
(und als solcher einen Heidenlobssinn über die Buchdrucker-
und ihre Angelegenheiten verbreitend) avancierte Arbeiter-
sekretär Schwarz der provozierende Teil. Wenn man eine
solche praktische Probe aus Gempel schon einmal durch-
gemacht hat, dann kennt man seine Pappenheimer bereits
ein so gut Teil; daß man sich von ihnen nicht verflüchten
läßt. Was aber in allerneuester Zeit vorgekommen, läßt
das Terrorismugeschehen der christlichen Gewerkschaften
oder wenigstens deren Führer in einer geradezu nieder-
schmetternden Weise erscheinen, denn schlimmer als die
verlogensten Lartacennachrichten der Christlichen über die
freien Gewerkschaften lauten, haben jüngst die Christlichen
in Köln a. Rh. gekauft. Das Zentralblatt der Christ-
lichen Gewerkschaften brachte darüber an der Spitze
einer seiner letzten Nummern in Sperdruck folgenden
Situationsbericht vom Schlichtfeld: „Unser Ortsverein
der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Köln a. Rh.
hatte am Freitag, 2. November, nach dem „Krisfallpalast“
eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Gesell-
schaftsleiter über den Streik auf „Rote Erde“ und das Ver-
halten der Christlichen referierte. Die Christlichen hatten
alles, was laufen konnte, auf die Beine gebracht, so daß
sie in der Versammlung die weit überwiegende Mehrheit
bildeten. Nach unserm Referenten sprach der Beamte
Schmitz vom christlichen Metallarbeiterverbande. Die ganze
Rede war nichts als eine Flut aufstehender Schimpfereien

auf die Gewerkschaften. In einer Resolution, die er zur
Abstimmung bringen wollte, sollte sich die Versammlung
gegen die Gewerkschaften aussprechen. Dabei entstand
eine so große Erregung, daß der Vorsitzende die Ver-
sammlung schloß. Die Christlichen drehten im Nu
das Licht aus und fielen wie Wilde über die
Gewerkschaften her. Das Saalinterieur wurde
zertrümmert. Ein Gewerkschaftler ist sehr schwer
verwundet. Auch der Gewerkschaftsbeamte Hartmann-
Nachen mußte den Ort in Anspruch nehmen. Zer-
brochene Stühle, zerschmetterte Biergläser und
zertrümmertes Fensterglas bedekten den Boden
dieses imfamen Liederhalls den Saal.“ Wir
rieten uns nicht schlecht die Augen, als wir dieses
Kriegstelegramm lasen, legten aber die Sache beiseite,
denn die Geschichte kam uns doch zu ungeheuerlich vor.
Zwischen fanden wir jedoch die Meldung von diesem
christlichen Liederhalle und dieser christlichen Verwüstung
nicht nur bestätigt in der Presse der verschiedensten Rich-
tungen, sondern die ergänzenden Berichte übertrafen noch
das erst gegebene „Stimmungsbild“ um ein Erstaunliches.
Es ist also schon so: Eine von den Christ-
lichen einberufene öffentliche Versammlung, in der mit den Mit-
gliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes über deren
trauriges Verhalten bei dem Streik auf „Rote Erde“ —
bekanntlich völlig verloren — abgerechnet werden sollte,
wurde von den letzteren unter den gewalttätigsten Um-
ständen gepregelt, und dann fielen die etwa 600 „Christ-
lichen“ (meist noch grüne Jungens) unter Führung des
christlichen Gewerkschaftsführers Schmitz in der brutalsten
Weise über die nur 100 Mann starken Gewerkschaftler
her, wie sich die Kofaken Wäterchens über russische Revo-
lutionäre hermachen. Außer den oben schon gemeldeten
Verwundungen von Christ-
lichen Dundern besagt der
Streckenrapport noch folgendes: Fünfundzwanzig Stühle waren
vom Saale aus zum Vorstandstische geschleudert, davon
sind 26 völlig demoliert, 20 Biergläser sind zerfallen,
100 Bieruntersätze und 30 Streichholzständer sowie 8 große
Fenstergehäusen sind entzwei. Die Wände, besonders die
hinter dem Vorstandstische, weisen Duzende Einbrüche
von gegengepöhlten Gläsern auf. Als die Polizei er-
schien — die Versammlung war nicht polizeilich über-
wacht, weil jedenfalls die Hochwohlgebildete die „nationale
Arbeiterbewegung“ nur der christlichen Tugenden fähig
hält — hatten sich die christlichen Mobdies schon aus
dem Staube gemacht. In demselben Saale hatten übrigens
die Christlichen eine kleine Zahl von reorganisierten
Holzarbeitern, die in ihrer Versammlung erschienen waren,
schon vor Monaten ähnlich gemißhandelt. Das war an-
scheinend die Hauptprobe zu dem jetzt so glänzend auf-
geführten Sensationsstücke „Und willst du nicht mein
Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein“, dessen
durchschlagender Erfolg den christlichen Akteuren von allen
Seiten bestätigt wird. Der 2. November wird also ein
Gedenktag für die deutsche nationale Arbeiterbewegung sein;
an diesem fand das Schreckgespenst Terrorismus ein Ver-
gnügen erster Klasse in dem „Krisfallpalast“ zu Köln.
Wir gratulieren dem Gutenbergbunde zu seiner Verbin-
dung mit den Christlichen, natürlich ohne Hintergedanken!

Am 13. November, also am Tage des Erscheins
dieser Nummer, erfolgt der Wiederzusammentritt
des Reichstags. Es geschieht dies unter dem Zeichen
einer intrigenreichen Kanzlerkrise sowie unter den letzten
Zudungen Bobsielskis, des Schutzheiligen der Fleisch-
wucherer. „Bobchen“ hat zwar im Augenblicke, wo wir
diese Zeilen schreiben, der Lufanus noch nicht offiziell
geholt, seine Bittenkarte hat er aber schon vor einiger
Zeit auf Dallman abgegeben. In dem Duell Bob-Bülow
ist also letzterer Sieger geblieben, aber er soll trotz aller
Dementis von einer akuten Kanzlerkrise doch schon die
Abzüge derer sehen, die ihr hinaustragen werden. Weit
schlimmer als diese Zustände ist jedoch die Situation, in
der sich das deutsche Volk dank der durch den Agrarier-
wahnig heraufbeschworenen Festschnot befindet, die ein-
fach gemeingefährlichen Charakter angenommen hat. In
den letzten Wochen brauste ein Entzündungssturm durch
die deutschen Gauen über diese schmachvollen Zustände
und dieser allgemeinen Empörung mußte der die Pöb-
geopfert werden; hier verlagte der starke Schutz der
agrarischen Bufenfreunde denn doch. Daß trotz der vielen
neuen Steuern der Reichshaushaltetat dennoch ein Defizit
von 200 Millionen Mark aufweist, macht die augenbl-
liche politische Situation noch bildschöner. An Arbeit
wird es dem Reichstage nicht fehlen. Nicht weniger als
14 Gesetzentwürfe, 5 Interpellationen und Resolutionen,
14 Wahlprüfungen, 43 ans Plenum gelangende Petitionen,
34 dem Plenum überreichte Denkschriften, Berichte, Ueber-
sichten und Nachweisungen und schließlich 84 Initiativ-
anträge der verschiedenen Parteien blieben bei Eintritt der
Vertagung am 28. Mai unerledigt. Auch fünf Regie-
rungsvorlagen teilten daselbe Schicksal. Auf der Tages-
ordnung der ersten Sitzung befinden sich gleich 43 Peti-
tionen. Von den Initiativanträgen hat 16 die sozial-
demokratische Fraktion eingebracht, deren Interpellation
über die Festschnot in den ersten Tagen zur Verhandlung
kommen wird. Eine wesentliche Rolle wird in der dies-
maligen parlamentarischen Kampagne auch der schon so
lange schwebende Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit
der Berufsvereine (Gewerkschaften) spielen, von dem noch
nicht bestimmt heraus ist, was er event. für Befangene
für die Arbeiterorganisationen enthält. Die sozialpoli-
tische Ausbeute war in der letzten Tagung gleich Null;
da weniger sicherlich nicht mehr möglich ist, hoffen wir,
daß die neue Tagung wenigstens ein annehmbares Mehr
zeitigen wird.

